

# Volkswohl

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon  
Redaktion 3141.

Telephon  
Expedition 1204.

Nr. 97.

Wittwoch, den 27. April 1910.

21. Jahrgang

## Ein schlesischer Amtsvorsteher.

Herr Guradze in Osmig ist nicht mehr. Er hat die in seine Hand gelegte amtsvorsteherliche Gewalt so habnebüchsen gesetzwidrig angewandt, daß er mit sozialistischer Hilfe zum Amt hinauskomplimentiert wurde. Aber er hat einen tüchtigen Nachfolger gefunden, der vom benachbarten Schloß Mariahöfchen aus sein kleines Königreich regiert. Das geht so lange glatt, als die bösen Sozis ihm nicht ins Gehege kommen und den Amtsbezirk mit Vereinen, Versammlungen und dergleichen modernen Ueberflüssigkeiten behelligen. Zumal das neue Vereinsgesetz mit seinen geringfügigen gesetzlichen Neuerungen gibt dem Herrn v. Wallenberg, dies der Name des Amtsvorstehers für den Bezirk Klein-Sandau, harte Mühe zu machen. Anfangs ließ er sich noch gut zu geben und wenn ihm sozialistische Parteifreunde persönlich in den Leib rückten, dann ließ er sie, wohl gar „außerhalb der Amtsstunden“ herbei, vom Rücken seines feurigen Systems durch die Vermittlung eines Amtsekretärs Audienzen zu erteilen. Uebrigens auch ein echtpreussisches Bild vom Verkehr zwischen Staatsbürgern und abligen Beamten. An der Einfahrt zum Schloßhofe zwei Bürger mit der Versammlungsanmeldung, hinten an der Schloßtreppe der „gnädige Herr“ zu Pferde und zwischen beiden Gruppen hin- und herpendelnd der Amtsekretär, der den Bescheld hoch vom Pferd „auf das Gehudel unter mir“ vermittelt. Immerhin bleibt dabei doch noch die Möglichkeit erhalten, den Inhaber der Amtsgewalt stehenden Fußes auf seine „Amtsirrthümer“ hinzuweisen und das Versammlungsamt zu korrigieren.

Ander, wenn ein beschriebenes Blatt Papier sich zwischen ihn und sein Volk drängt. Dann gibts allemal eine Katastrophe. Erstens für die Arbeiter, die etwas „Vereinsgesetzliches“ unternehmen wollen und zweitens für die Gesetzkennntnis des Herrn v. Wallenberg und seines Sekretärs. Am Sonntag, den 10. April, Vormittags 11 Uhr, meldete der Distriktsführer des Sozialdemokratischen Vereins eine Frauenversammlung an, die am Montag, Abends 7 1/2 Uhr, zusammentreten sollte. Das Vereinsgesetz schreibt bekanntlich nichts weiter als eine solche Anmeldung vor, die 24 Stunden vor Beginn der Versammlung erfolgen muß. Was verfügt unser Amtsvorsteher?

„Weil verspätet angemeldet, nicht genehmigt.  
Mariahöfchen, den 11. 4. 10.

Der Amtsvorsteher  
von Wallenberg.“

Nun sagt der § 5 des Vereinsgesetzes kurz und klar:

Wer eine öffentliche Versammlung zur Erörterung politischer Angelegenheiten (politische Versammlung) veranstalten will, hat hiervon mindestens vierundzwanzig Stunden vor dem Beginn der Versammlung unter Angabe des Ortes und der Zeit bei der Polizeibehörde Anzeige zu erstatten. Ueber die Anzeige ist von der Polizeibehörde sofort eine kostenfreie Bescheidigung zu erteilen.

Der Herr Amtsvorsteher hat also gar nichts zu genehmigen. Selbst wenn die Anmeldung zu spät eingegangen wäre, was hier nicht einmal der Fall war — kann er die „Genehmigung“ nicht verweigern, denn sie ist für Versammlungen in geschlossenen Räumen nicht notwendig. Unsere Genossen hielten die Versammlung denn auch ohne die Genehmigung ab, allerdings mit dem Erfolge, daß ihnen zehn Tage später folgendes Strafmandat ins Haus schnellte:

Sie haben am 11. April 1910, Abends 7 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Gastwirt A. Dürwanger eine öffentliche Frauenversammlung abgehalten, ohne dieselbe bei dem Amtsvorsteher rechtzeitig angemeldet zu haben und da dieselbe dieserhalb polizeilich nicht genehmigt war. (1) Die Uebertretung wird bewiesen durch die Anzeige des Fußgendarmerie-Wachmeister Frei in Cotel vom 19. April 1910.

Dafür wird dem Sünder nun eine Polizeistrafe von 30 Mark aufgebürdet und zwar nicht nur ihm allein, sondern weitere 30 Mark auch dem Gastwirt, dem Inhaber des Lokals, der nach dem neuen Vereinsgesetz schon gar nichts mehr mit Versammlungsanmeldungen und Bestrafungen zu tun hat. Bei der bloßen Kleinigkeit einer Versammlungsanmeldung lassen sich die Herrschaften also schon drei Verurteilungen gegen das Gesetz zuschulden kommen — bestrafen aber andere wegen „Uebertretung!“

Man kann sich demnach ungefähr vorstellen, welches Rummelmüddel bei komplizierten vereinsgesetzlichen Bestimmungen entsteht. Kürzlich gründete sich in Mariahöfchen ein Verein „Grüne Eiche“. Er hatte das Recht der Welt noch nicht lange erblickt, da wurde sein Vorstand schon mit folgendem amtsvorsteherlichen Schreibbrief beglückt:

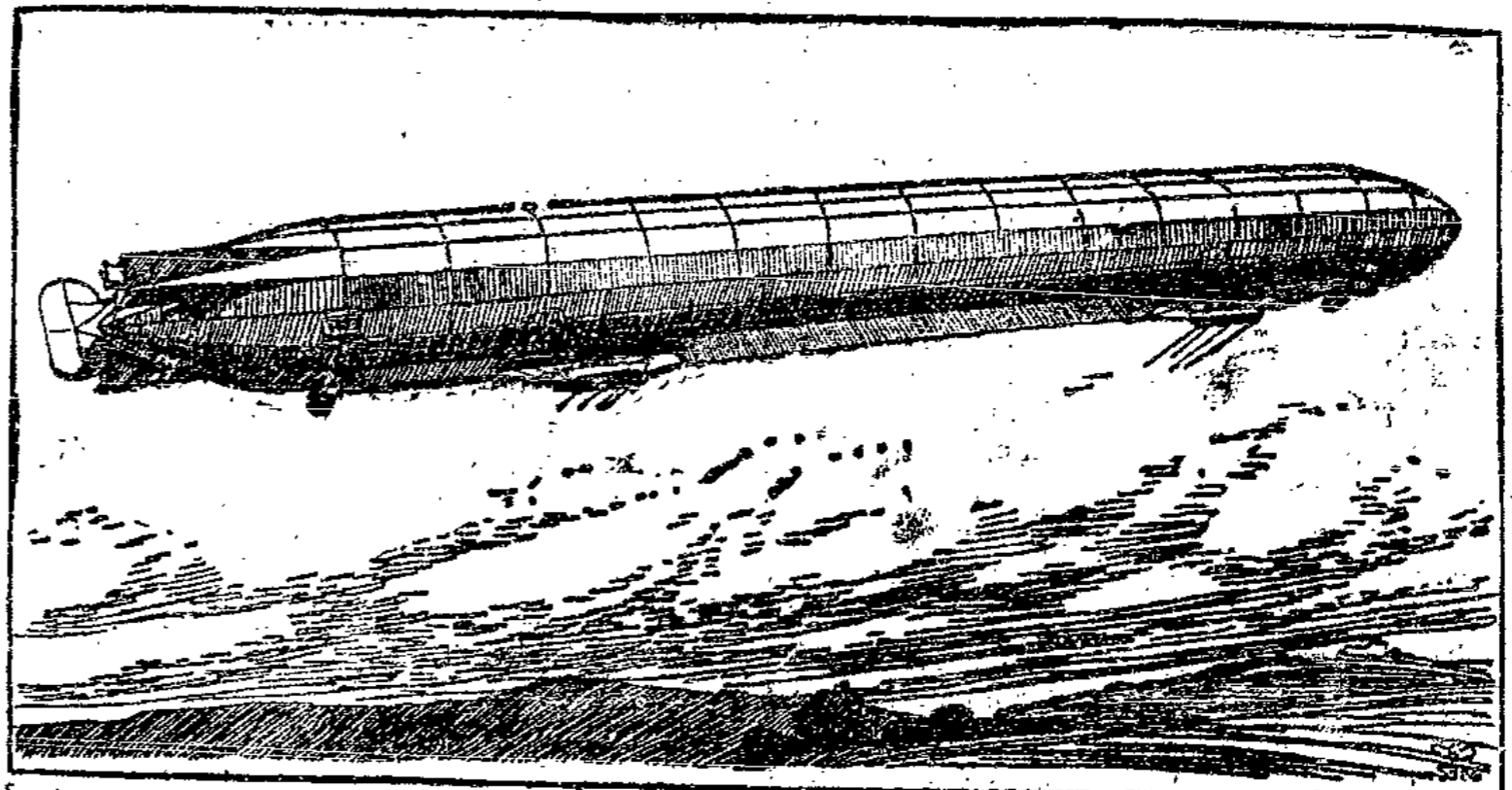
Mariahöfchen, 18. April 1910.

Der Vorstand  
des Vereins „Grüne Eiche“  
wird hiermit veranlaßt, binnen längstens 3 Tagen eine Abschrift der 3 Bl. bestehenden Vereinsstatuten, sowie ein Verzeichnis der dem Verein angeschriebenen Mitglieder, dem Amtsvorstand in Mariahöfchen einzureichen. Die Statuten wollen Sie in zweifacher Ausfertigung einleiden.

Der Amtsvorsteher  
v. Wallenberg.

Für diesen Fall käme — wenn der Herr Amtsvorsteher ein Recht dazu hätte — der § 3 des Vereinsgesetzes in Frage, der folgenden Wortlaut hat:

§ 3. Jeder Verein, der eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt (politischer Verein), muß einen Vorstand und eine Satzung haben.



Z.II in voller Fahrt

Der Vorstand ist verpflichtet, binnen einer Frist von zwei Wochen nach Gründung des Vereins die Satzung sowie das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes, der für den Sitz des Vereins zuständigen Polizeibehörde einzureichen.

Daraus geht erstens hervor, daß die „Grüne Eiche“ überhaupt keine Anmeldung zu vollziehen hat, weil sie kein politischer Verein ist. Zweitens aber, wenn es sich selbst um einen politischen Verein handelte, ist er nur verpflichtet, die Namen der Vorstandsmitglieder anzugeben. Herr v. Wallenberg verlangt gleich die Namen aller Mitglieder. Immerhin — der Herr Amtsvorsteher hat sich in diesen paar Zeilen wenigstens mit zwei Fällen von Gesetzesunkennntnis begnügt. Doch einmal auf der schiefen Bahn angelangt, gibt's keinen Halt mehr. Den Gipfel behördlicher Sicherheitsmaßnahmen erreichte er bei einem Vergnügen des Fabrikarbeiterverbandes, für das er folgendes verfügte:

Ursprünglich an den Herrn Geschäftler nebst dem Stempelbogen über zwei Mark zurück, um zunächst ein warentliches Verzeichnis der Mitglieder des Vereins und der Teilnehmer an dem Vergnügen hierher einzureichen.  
Mariahöfchen, den 12. April 1910.

Der Amtsvorsteher  
v. Wallenberg.

Hier begnügt sich der Herr Amtsvorsteher schon nicht mehr mit der ungesetzlichen Forderung nach dem Namen der Vereinsmitglieder, sondern er will im voraus auch noch eine Liste aller derjenigen haben, die an dem Vergnügen teilnehmen werden. Das nächste Mal kommt vielleicht gleich die Aufforderung, daß nach dem Namen anzugeben ist ob ledig oder verheiratet?, wieviel Kinder?, leben die Eltern noch? und dergleichen polizeiliche Nachforschungen mehr.

Bereits in einem früheren Prozesse sagten die Gastwirthe Müller aus Mariahöfchen aus, daß sie den Sozialdemokraten ihr Lokal auf Veranlassung des Amtsvorstehers entzogen hätte, beschuldigten ihn also einer Handlungsweise, die der ehemalige Minister des Innern, jetzige Reichszentraler v. Bethmann-Hollweg im Reichstage als Amtsmißbrauch kennzeichnete. Nach den obigen Beispielen von Gesetzesunkennntnis ist es allerdings nicht anzunehmen, daß die Mariahöfchener Amtsherren auch noch mit Minister-Erklärungen vertraut sind.

Aber uns erscheint es dringend notwendig, daß der Herr Minister und sein Regierungspräsident sich diese Vertreter der „Obrigkeit“ etwas näher ansehen und ihnen schonend beibringen, sich die Gesetze wenigstens dann genau durchzubüßern wenn sie andere Leute mit Verfügungen behelligen und mit Strafen verfolgen! Die Art, selbst nichts zu wissen und andere mit dieser Unkenntnis noch zu belästigen, ist doch etwas gar zu — ostentivisch.

Oder soll auch hier wieder ein in der Volksschule aufgewachsener sozialdemokratischer Parteifreund dem adeligen Amtsvorsteher die Gesetzesunkennntnis auf dem Beschwerdewege vermitteln?

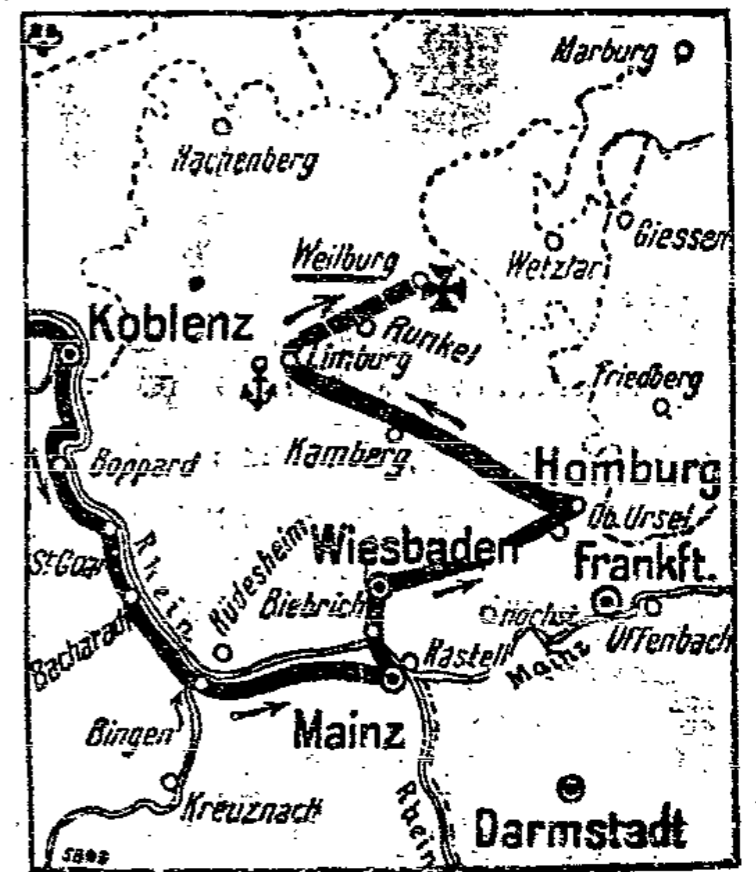
## Wieder ein zerstörter Zeppelin-Ballon!

Auf der Rückfahrt von der „Kaiserparade“ verunglückt.

An die Oeffentlichkeit Augusttage vom Jahre 1908 wurden die gesamte Oeffentlichkeit erinnert, als am Montag Nachmittag die telegraphische Meldung von einem neuen schweren Unfall des Luftballons Zeppelin II verbreitet wurde. Das Luftschiff trieb sich dem „Rassauer Boten“ zufolge Montag Mittag 1 Uhr, in Limburg a. d. Lahn, nachdem es eine neue Gasfüllung erhalten hatte, von der Bereicherung ab und flog in nordwestlicher Richtung davon. Das führerlose Schiff ging um 1 Uhr 30 Minuten bei Weilburg an der Lahn nieder. Es war gänzlich zerstört.

Ueber den Unfall wird noch folgende amtliche Meldung aus Weilburg bekannt:  
Das Luftschiff „Z. II“ hatte schon während des letzten Vormittags auf dem Landungsplatze in Limburg mit Karten

den zu kämpfen. Kurz vor 1 Uhr wurde es in der Nähe von einer besonders heftigen Welle gefaßt, die eine Gefährdung leitete von circa 18 Sekundarmetern gehabt haben dürfte. Die Stahtrassen, mit denen das Luftschiff verankert war, rissen. Vergeblich bemüht sich die Bewachungsmannschaften, das Schiff zu halten. Um ein Unglück zu verhüten, mußten die Mannschaften zum Vorkommen des Luftschiffes aufgeföhrt werden, das sofort in 200 Meter Höhe aufstieg und vom Winde in der Richtung auf Weilburg fortgetrieben wurde. Um 1 Uhr 20 Minuten wurde das Luftschiff von Weilburg aus gesehen. Es flog auf das Oberschloßfeld zu, und man hatte den Eindruck, als wolle das Schiff da landen. Möglicherweise durch einen nach dem Boden gerichteten Windstoß wurde das Luftschiff in das Gäßchen herabgedrückt. Hinter Weilburg erhebt sich fast senkrecht über der Lahn und der Eisenbahnlinie der Webersberg, getrübt von dem Kurhause mit einem Gartenparken. Der letzte Abhang des Webersberges ist oben mit Lärchenbäumen bedeckt. Das Luftschiff wurde auf den Bahndamm herabgedrückt, wobei die Telegraphenbrücke zerstört wurden, und erob sich dann wieder, um auf den Gipfel des Webersberges zu gelangen, um dort zu landen. Der hintere Teil des Schiffes mit den Steuern blieb an dem Pavillon hängen, während der vordere Teil, der über den Berg hinausragte, in der Mitte abgefallen wurde. Das Schiff senkte sich dann dem Abhange des Berges zu herunter. Der Ballon war zerstört. Es waren sofort die Weiburger Unteroffizierschule, Genbarmerie und Polizei, sowie die Feuerwehren zur Stelle, um Hilfe zu leisten, und das von allen Seiten herbeiströmende Publikum von der Unfallstelle fernzuhalten. Auch die Luftschiffoffiziere, mit Major Neumann an der Spitze, waren von Limburg herübergekommen, um die Rettung der Bergungsarbeiten zu übernehmen, die voraussichtlich 5 bis 6 Tage erfordern. Die vordere Gondel ist bereits beseitigt. Die Motore sind intakt geblieben. Es handelt sich um ein reines Naturereignis. Alle Vorkehrungsmaßnahmen waren getroffen. Personen sind nicht verletzt.



Unsere Bilder zeigen das in voller Fahrt befindliche, ungeheuer lange Luftschiff und den Weg, den es bis zur Unfallstelle in den Lüften gemacht hatte.

Wie das Kreisblatt meldet, ist das Luftschiff mit den durchgebrochenen und hängt in den Bäumen, die auf dem Webersberge stehen. Die Unteroffizierschule und die Feuerwehreinheiten sind die Unfallstelle ab und versuchen, den Ballon zu verankern. Später traf ein Extrazug von Limburg mit Hilfsmannschaften ein. Der Luftstrom rauscheriger zur Unfallstelle ist enorm. Auch aus Dies ist Militär eingetroffen und übernimmt die Absperrung.

„Z. II“ ist das vom Reich angekaufte, in Adlon stationierte Luftschiff, das kürzlich den Weg nach Gomburg machen mußte, um „Kaiserparade“ mitzumachen. Bei der Heimfahrt geschah der Unfall.

Der „Z. II“ ist das fünfte der vom Grafen Zeppelin erbauten Luftschiffe, das erste aus der Nationalanleihe erbaute. Es wurde im Frühjahr 1909 fertiggestellt. Es ist 136 Meter lang, bei einem Durchmesser von 13 Metern, hat 17 Gasballons



**Wahlrechtsdemonstration in Kiel.** Am Sonntag, den 24. April, fand die Wahlrechtsversammlung der Kieler Arbeiterschaft unter freiem Himmel statt, die trotz der polizeilichen Genehmigung am 10. April verhindert worden war, weil Bürgermeister Lindemann den städtischen Jugend-Spielplatz ohne einen zureichenden Beschluß des Magistrats nicht für die Versammlung frei stellen wollte. Inzwischen hatte der Magistrat beschlossen, den Platz für die Versammlung herzugeben, hatte aber daran die etwas eigentümliche Bedingung geknüpft, daß der Sozialdemokratische Verein 300 Mk. Kaution stelle, als Sicherheit für etwaige Schäden. Trotz des windigen und kalten Wetters hatten sich etwa 10 000 Personen eingefunden, die auch nicht wankten und wichen, als mehrere Male heftige Regenschauer einsetzten, Nach dem mit stürmischen Beifall aufgenommenen Reden der Genossen Bogmann-Verlin und Adler-Kiel wurde von der Versammlung einstimmig eine Resolution angenommen, die sich scharf gegen die Wahlrechtsaufschere der Regierung wendet. Die Polizei hielt sich verständigerweise fast gänzlich fern, was zur Folge hatte, daß die Veranstaltung ohne Störung verlief.

**Aus dem liberalen Lager in Bayern.** Die bayrischen Jugendliberalen haben auf einer Tagung in Mittenberg sich mit der Frage der liberalen Einigung befaßt und beschlossen, den unliberalen Landesverband aufzulösen und sich den liberalen Kreisverbänden anzuschließen.

**Reichsvereinsgesetz und Studierende.** Die 7. preussische Nechts-Konferenz in Halle beschäftigte sich mit der Frage, ob es sich empfiehlt, die für Studierende an den preussischen Universitäten in den Disziplinarrichtlinien enthaltenen Bestimmungen über das Vereins- und Versammlungsrecht der Studierenden aufzuheben und die Studierenden unter das Reichsvereinsgesetz zu stellen. Einkommig sprach man sich dahin aus, daß die Sonderbestimmungen über das Vereins- und Versammlungsrecht der Studierenden unentbehrlich sind, zumal hierin auch ein Schutz zu finden sei gegen etwaige Eingriffe der Polizei in die innere akademische Disziplin.

**Reichsvereins-Kandidatur.** Im Wahlkreis Friedberg wird die Kandidatur des Reichsvereins gegen die Sozialdemokratie aufgestellt. Formell hat man die Auffassung dem Bund der Landwirte überlassen. Sieht man sich aber die Person des Kandidaten an, so wird sofort klar, daß man es mit einer Masche des Reichsverbandes zu tun hat. Dieser Kandidat ist nämlich der frühere Arzt, jetzige Direktor des Reichsverbandes für Süddeutschland, Dr. Weyer-Sprendlingen. Weyer vertrat von 1903 bis 1906 den Wahlkreis Offenbach, wurde nach der Reichstagsauflösung dort garnicht wieder aufgestellt. Er widmete sich dann ganz dem Reichsverbande gegen die Sozialdemokratie, der ihm die Stelle eines Direktors übertrug. Bei der Nachwahl in Bingen-Alzey bewarb sich Weyer um das Mandat, kam aber nicht einmal in die Stichwahl; die Mehrheit der Wähler wollte mit dem anrühlichen Reichsverband nichts zu tun haben.

Im Wahlkreis Friedberg liegen nun die Dinge so, daß die ländliche Bevölkerung den Ausschlag gibt. Der Bund der Landwirte hat in den letzten Monaten die Nationalliberalen mit aller Schärfe angegriffen, und es klingt wie Hohn, wenn man jetzt hört, daß der Bund der Landwirte den Nationalliberalen den Vorschlag macht, sie sollten auf einen eigenen Kandidaten verzichten, und dem Reichsverband als Schlepenträger dienen. Der Reichsverband, der in der letzten Zeit überall, wo er eingriff, die Situation für die bürgerlichen Parteien gründlich verdorben hat, will offenbar im Wahlkreis Friedberg zeigen, was er leisten kann und der Liberalismus soll ihm zu diesem Sieg verhelfen.

Eine Vertrauensmännerversammlung der Fortschrittlichen Volkspartei in Paris beschloß wegen eines gemeinsamen Vorgehens bei der Ersatzwahl mit den Nationalliberalen in Verbindung zu treten. Sollte eine Einigung nicht erzielt werden, dann will die Fortschrittliche Volkspartei einen eigenen Kandidaten aufstellen.

**Übergriff eines Richters.** Der freisinnige Abgeordnete Günther hat im sächsischen Landtage die folgende Interpellation eingebracht:

„Der Vorsitzende des Schöffengerichts in Delsnig, der Amtsrichter Dr. Schmidt, hatte am 16. April an Jengen die Frage gerichtet, wenn sie bei der letzten Wahl ihre Stimme geben hätten, und als sie sich weigerten, die Frage zu beantworten, Bronschhaft angedroht, wobei die Jengen ihre Wahlberechtignisse preisgaben. Der Untersuchungsrichter an die königliche Staatsregierung die Anfrage, was sie zu tun gedente, eine berufliche unanfechtliche, die geheime Wahl aufhebende Maßnahme in Zukunft unumgänglich zu machen.“

Man darf wohl annehmen, daß selbst in Sachsen, wo in früheren Zeiten die Justizverwaltung mit Richtern Rücksicht über besondere Urteile genommen hat, ein solches Vorgehen eines Richters nicht die Billigung der Regierung findet.

**Entlastung des Reichsgerichts.** Die Reichstagskommission zur Entlastung des Reichsgerichts beschloß in ihrer Sonntags-Sitzung mit 16 gegen 8 Stimmen die revisionfähige Summe bei verminderten Streifen auf 4000 Mk. zu erhöhen. Dagegen stimmten u. a. die Sozialdemokraten. Ferner wurde ein Antrag angenommen, die Zahl der Richter am Reichsgericht um einen Senatpräsidenten und 8 Richter zu erhöhen. Auch sollen mehr Hilfsrichter angestellt werden.

**Internationale Abmachungen über Arbeiterversicherung.** Auf Grund des Artikels 2a des deutsch-italienischen Handelsvertrags haben Mitglied in Berlin zwischen deutschen und italienischen Delegierten Verhandlungen über die Behandlung der beidenseitigen Arbeiter auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung stattgefunden. Die Verhandlungen zeigen mit Rücksicht auf die schwebende deutsche Versicherungsgesetzgebung nur einen vorläufigen Charakter. Sie sollen einen befriedigenden Verlauf genommen und zu einer Verständigung der Delegierten über verschiedene Fragen der Arbeiterversicherung geführt haben. Man hofft, daß diese Verhandlungen die Grundlage für eine vertragsmäßige Regelung der Angelegenheit bieten.

**Das staatsgefährliche Hoch.** Vor der Stimmabgabe in den Wahlkreisen wurde eine wichtige Entscheidung gefällt. Ein Richter wurde zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilt, trotzdem er nicht geurteilt habe, als ein Hoch auf das freie Wahlrecht auszubringen. In Urteile übergründung heißt es: Wohl gelte nach Reichsgerichts-Entscheidungen das politische Hoch nicht als grober Unfug, aber das Hoch sei nur auf Hochrufe nach einer Wahl oder nach einem Fest, aber vor einer Demonstration für das allgemeine Wahlrecht.

## Ausland

### Die Wahlen in Frankreich.

In Paris waren bis Montag die Ergebnisse aus 88 Wahlkreisen bekannt. Die Republikaner hatten bis dahin 57, die Radikalen und Sozialistisch-Radikalen 154, die unabhängigen Sozialisten 10, die geeinigten Sozialisten 28, die Progressisten 43, die Nationalisten 12 und die Konservativen 53 Sitze erungen. In 281 Wahlkreisen ist Stichwahl erforderlich. — Nach der vom Ministerium des Innern veröffentlichten Statistik verlieren die Reaktionären drei Sitze, die Nationalisten gewinnen einen. Die Progressisten verlieren einen, die Republikaner der Linken gewinnen acht, die Radikalen und Sozialistisch-Radikalen verlieren zwei und die geeinigten Sozialisten gewinnen drei Sitze. Genosse Guesde ist gewählt, Jaures steht in der Stichwahl.

**Dieses Teleg.-Bureau berichtet aus Paris:** Der geringe Tag bedeutet eine neue Zunahme der Stimmen und der gewählten Abgeordneten für die geeinigten Sozialistischen Parteien. Die sogenannten unabhängigen Sozialisten dagegen sind ins Hintertreffen geraten. Wo sie nicht beim ersten Wahlgang besiegt wurden, stehen sie an zweiter und dritter Stelle bei den Stichwahlen. Die Bewegung, welche man bezüglich der parlamentarischen Indemnität erwartet hatte, ist ausgeblieben. Zu erwähnen ist noch die Wahl eines Agrarsozialisten im Departement Vlier, wo der Radikalsozialist Minier in 4 Jahren 5000 Stimmen eingebilzt hat. Auch die sogenannten Liberalen, welche tatsächlich Liberalität sind, haben einige Sitze erobert, darunter im Wahlbezirk von Compiègne, wo der Libérale Sarlovez gegen den Radikalen gesiegt hat, desgleichen in Nancy, wo der Kandidat Briant gewählt ist; ferner in Poitiers, wo de Monthyon einen Linksrepublikaner erzielte.

Unter den wiedergewählten Deputierten befinden sich Cochery, Cailleur (Republikaner), Schneider, Pelletan, Klotz, Simyan, Grunpi (Radikale und Sozialistisch-Radikale), Dejeante, Guesde (geeignete Sozialisten), Beauregard, Thierry (Progressisten). In Stichwahl kommen Bévais, Jaurès, Graf Dotti de Castellane. In Nogent-le-Rotrou wurde Paul Deschanel wiedergewählt. Gewählt wurden ferner in Bourgneuf M. L. A. (unabhängiger Sozialist), in Paris Sembat (geeignete Sozialist) und Valliant (geeigneter Sozialist). In Lyon wurde Pressensé (geeigneter Sozialist) von Verlié (Radikaler) geschlagen. In Stichwahl kommt der bisherige Kammerpräsident Brissou in Marseille.

In St. Etienne wurde Ministerpräsident Briand mit einer Mehrheit von 8000 Stimmen gewählt. Die Wahlen in Paris sind ohne Zwischenfall verlaufen. In Stichwahl kommen: Millerand (unabhängiger Sozialist), Allmann (geeigneter Sozialist). In der Gemeinde Chandon-Feuilles wurde während der Feststellung des Wahlergebnisses ein Angriff auf das Gemeindefeldhaus verübt, der die Gendarmen zum Einschreiten veranlaßte, fünf Gendarmen erlitten Verletzungen. Das Gemeindefeldhaus wurde von den Ruhestörern verbrannt und in Brand gesteckt. Mit Feuermehr und Gendarmen wurden förmliche Schlächten geschlagen. Schließlich gelang es der Feuermehr, das Feuer Herr zu werden. Die Protokolle der Wahl waren bereits vom Bürgermeister unter Lebensgefahr gerettet worden.

Aus Vorbeur wird ein beklagenswertes Ereignis gemeldet: Der Maire der Gemeinde Kapille wurde gestern früh ermordet, als er dem Wahlvorgang in der Kirche präsidierete. Ein Wähler namens Dalamaque feuerte, während er seinen Stimmzettel abgab, auf den Maire Richard einen Revolvererschuss ab, der ihn in den Kopf traf. Der Tod trat augenblicklich ein. Dem Vernehmen nach ist die Tat nicht auf politische, sondern auf Gründe privater Natur zurückzuführen.

**Der Zustand in Albanien.** Die türkischen Truppen wurden bei Tschernasowa von den aufständischen Albanern, deren Gesamtzahl nun über 80 000 Mann betragen soll, in einem Vergess überfallen. Nachrückende Bataillone konnten erst nach langem Kampfe die Mannschaften und Transporte retten. In dem Kampfe haben die Albaner große, die Türken angeblich nur kleine Verluste erlitten. Der Kampf bei Stimlia endete mit der Zurückdrängung der Albaner, die große Verluste erlitten. Auf Seiten der Truppen wurden drei Soldaten getötet, ein Offizier und 10 Soldaten verwundet. Die allgemeine Lage in Oberalbanien ist zurzeit sehr ernst. 40 000 Aufständische besetzen verschiedene wichtige strategische Punkte und bedrohen namentlich den Eisenbahnverkehr. In Saloniki wurden die Reservisten einberufen, von Konstantinopel sind starke Truppenabteilungen nach Albanien abgegangen.

**Gegen die russischen Freiheitskämpfer.** In dem Prozeß gegen die Mitglieder des Moskauer Komitees der Sozialrevolutionäre wurden vier Angeklagte zur Verhinderung, 14 zu Festungstrafen von verschiedener Dauer, darunter der Engländer Watson zu 18 Monaten verurteilt. Behn Angeklagte wurden freigesprochen.

## Partei-Angelegenheiten.

**Sozialdemokraten im Kirchenvorstand.** Mit der müßigen Frage, ob Sozialdemokraten gute brauchbare Mitglieder von Kirchenvorständen sein könnten, zerbricht sich die bürgerliche Presse wieder einmal den Kopf. Eine recht überflüssige Sache, schon um deswillen, weil es nicht allzuviel Sozialdemokraten geben wird, die es mit ihrer Zustimmung oder Widerstand vereinbaren können, an den lokalen Verwaltungsarbeiten kirchlicher Organisationen teilzunehmen. Aber da bei der Diskussion wieder einmal von Männern der Kirche auszugehen werden muß, daß die sogenannte „principielle Religion“ feindschaft der Sozialdemokratie eine ablehnerische Seite unserer Gegner ist, wollen wir wiederholen, was sich die „Leipziger Neuesten Nachrichten“, das Blatt Simans (Nr. 108) zu der Frage schreiben läßt.

„Ueber die Qualifikation der Kirchenvorstände wurde in der letzten Sitzung der Landesynode des Herzogtums Meiningen in sehr eingehend verhandelt. Hierbei erklärte der kürzlich zur Disposition gestellte Meltinger Oberkonsistorialrath Kirchenrat Dr. Graue: „Ein Kirchenvorsteher muß kirchlich gesinnt sein. Bei der Qualifikation der Kirchenvorsteher soll man aber nicht so sehr darauf achten, was sie gewesen sind, als darauf, was aus ihnen zu machen ist.“ Ich bin in Genuß, einer Hochburg der Sozialdemokratie, groß geworden. In manchen Bezirken gab es nur Sozialdemokraten, und bei kirchlichen Wahlen konnten nur Sozialdemokraten gewählt werden. Trotzdem haben die Pastoren dort ganz gute Erfahrungen gemacht. Viele von den Sozialdemokraten, die sich in den Kirchenvorstand hatten wählen lassen, ließen sich allmählich in das kirchliche Interesse hineinziehen.“ Ein Teil der synodalen Orthodoxie hatte einen Antrag auf Qualifikation der Kirchenvorsteher eingebracht. Kommissionsrat Graue sprach sich gegen die Beauftragung der Wahlfähigkeit eines zum Kirchenvorstand gewählten Gemeindegliedes aus: „Ich will nur bemerken, ich führe er aus“, daß in unseren Kirchenvorständen mehrere Sozialdemokraten gewählt wurden sind, die bis jetzt noch nicht den geringsten Anlaß gegeben haben, ihre Wahl zu beangstigen.“ Der Regierungsdirektor, Regierungsrat Dr. Silling, erwiderte: „Gerade in kirchlichen Dingen gilt es konservativ sein.“ Hierzu bemerkte Oberkonsistorialrath Dr. Graue: „Das unterstreibe ich. Es fragt sich bloß, sollen wir das Logo konservativer, oder das Lebensbüßig konservativ ist ein rein formaler Begriff.“ Der Inhalt erst ist es, der ihm seine Art gibt.“ Synodale Anordnung meinte: „Es gibt unter den Sozialdemokraten recht kirchlich gesinnte Leute, die unkirchlichen Elemente sitzen oft ganz wo anders und behäuflicher Weise meist in den gebildetsten Ständen.“ Oberkonsistorialrath Dr. Graue rief hier: „Draho!“ Von der Forderung der Qualifikation der Kirchenvorsteher wurde hierauf abgesehen.“

**Im Besonderen des Genossen Singer** ist eine wertvolle Besserung eingetreten. Er hat am Montag das Sozialrat verlaten und behauptet sich nun in würdiger Höhe, sodass seine völlige Wiederherstellung in der nächsten Zeit zu erwarten ist.

**Kandidatur.** In der Kreisparteiversammlung am Sonntag im 9. sächsischen Wahlkreis Friedberg-Saizna wurde Genosse Wandel-Brandt a. W. als Reichstagskandidat aufgestellt.

**Sozialistische Blinden-Literatur.** Es ist eschlossen „Die Neue Welt“, Organ zur Pflege sozialistischer Weltanschauung unter den Blinden deutscher Zunge. Erster Jahrgang Nr. 3. Das Blatt hat folgenden Inhalt: Der wissenschaftliche Sozialismus von P. R. Fritzsche. Wo liegt das Recht? von W. S. Ein kulturgeschichtliches Dokument von Anstiebe. Ein Entwicklungsroman von P. R. Fritzsche.

Der Abonnementspreis beträgt bei viermaligen Erscheinungen pro Jahr 2 40 für Deutschland und Oesterreich-Ungarn, für die übrigen Staaten 3 Mark. Anträgen und Bestellungen sind zu richten an: W. W. E. B. Berlin N. 39, Sprengelstraße 1. Die Parteigenossen werden gebeten, alle ihnen bekannten Blinden auf das Blatt aufmerksam zu machen.

## Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

**Satirische Sorgen.** Die Korrespondenz für die deutsche Armee sammelt über den zunehmenden Verlust deutschen Grundbesitzes an die Polen. Es werden eine große Zahl Gutserlöse ausgesetzt, wonach in den Provinzen Posen und Westpreußen in der letzten Zeit an 3000 Morgen Landes aus deutschem in polnischen Besitz übergegangen seien. In einzelnen Kreisen sind Hunderte von Hektaren in polnischen Besitz gekommen.

Die für die Ostmarkenpolitik herangezogenen Millionen haben also den erwarteten Erfolg nicht gehabt. Will man es vielleicht nunmehr mit der Anwendung des Entschuldigungsgesetzes versuchen?

**Die Guth, 25. April.** Ganz wie in Breslau. Die bestragte Genehmigung zu einem Umzug am 1. Mai ist von der Polizei abgelehnt worden. Durch den „demonstrativen Charakter“ des Umzuges soll eine „Benachteiligung“ des Publikums und somit ein „Gefahr für die öffentliche Sicherheit“ vorliegen.

Etwas anderes war von der Polizei nicht zu erwarten. **Friedberg, 25. April.** Mai-Umzug genehmigt. Der sozialdemokratische Wahlverein Friedberg-Schnaun veranstaltet am 1. Mai einen Umzug nach Grunau in den Kreisdam. Der Zug bewegt sich Punkt 8 Uhr Morgens von der unteren Promenade über Kanalstraße, Markt, Richte und Kesslere Burgstraße, Mühlenstraße, Sechsstätk nach Grunau, wogu die Genehmigung der Polizeiverwaltung und des Amtsvorstehers erteilt wurde mit der Bedingung, daß keine Demonstrationen veranstaltet und der Verkehr nicht gestört wird. Die Arbeiter mit ihren Familien werden zu zahlreicher Beteiligung aufgefordert und gebeten, den Ordnungern mit roten Binden Folge zu leisten. Um 11 Uhr wird Genosse Albert-Breslau in einer Volksversammlung über die Maßforderungen des Proletariats referieren. Abends 7 Uhr finden in Grunau und Cunnersdorf Tanzkränzen statt. Für Kinderbeschäftigung am Vormittag wird ebenfalls gesorgt.

**Friedberg, 25. April.** Zur Bauarbeiter-Ausberung liegen nunmehr abschließende Zahlen der beteiligten Organisationen vor, aus denen sich ergibt, daß das Vorgehen der Untertner mehr als gelöhrt zu betrachten ist. Von 275 organisierten Mannren stehen 153 in Arbeit. In Schreibhan arbeiten von 96 organisierten 66. Bei den Zimmerern stehen von 230 organisierten 120 in Arbeit und von den Bauarbeitern sind von 75 organisierten 70 in Arbeit. Die Unorganisierten arbeiten sämtlich.

**Warmbrunn, 25. April.** Ein originelles Verbesserungsmittel für Streikbrecher, was jedenfalls den Reiz der Neuheit besitzt, wurde, wie wir erfahren, beim Typsetzer angewandt. Der Unternehmer Scholz sollte seinen Arbeitwilligen, Freiburger mit Namen, am Gerichtshof, in einem Saal, hatte diesen unter das Spritzleder des Automobils und fuhr so seinen Hausknecht höchst eigenhändig vor und zur Arbeit, die er hinter vernagelten Fenstern ausführte.

**Peterswalde, 26. April.** Ungültige Gemeindevorsteher-Wahlen. Die diesigen Gemeindevorsteher-Wahlen, in welcher Gemeinde bekanntlich vor kurzer Zeit eine erhebliche Unterbilanz in der Gemeindekasse festgestellt und disziplinarische bzw. gerichtliche Verfahren gegen den Gemeindevorsteher und den Polizeibeamten eingeleitet wurden, sind für ungültig erklärt worden. Eine Neuwahl wird demnach stattfinden.

**Stierberg, 26. April.** Töblicher Unglücksfall. Am Sonnabend verunglückte in Deutmannsdorf beim Abblenden eines Klozes der Dienstmacht Berger. Er wurde von dem Kloz niedergedrückt und am Hinterkopf so schwer verletzt, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

**Greiffenberg, 26. April.** Ein neues Himmels-Billet. Hier soll am 30. Mai eine neue Zentrals-Zeitung das Licht der Welt erblicken. Eine Antizipationsgesellschaft, an der auch die Agrarier recht zahlreich beteiligt sind, soll den Plan verwirklichen. Das Blatt führt den Namen „Der Greif“ und soll bekanntlich die Interessen der Junker und Pfläßen vertreten. Der Name scheint nicht so ganz unzutreffend zu sein.

**Posen, 26. April.** Furchtbares Chedrama. Ein furchtbarer Tragdie hat sich Montag Nachmittags 8 1/2 Uhr im Hofe Schifferstraße 7 abgpiel. Dort wurde der Steueranfseher Gustav Prapp von seiner Ehefrau mit einem Revolver erschossen. Hierauf tötete sich die Frau ebenfalls.

**Posen, 26. April.** Eine Engelmascherin. Die 36 Jahre alte uneheliche Dienstmagd Wojciechowska in Gorypia bei Protowin schlug ihrem neugeborenen Knaben die Schädeldecke ein und verreckte die Leiche auf dem Boden. Bald nach ihrer Behauptung wurde festgestellt, daß sie bereits im vergangenen Jahre ein neugeborenes Kind auf die gleiche Weise umgebracht hat. Die amtlichen Ermittlungen gehen in der Richtung, ob die Verhättnisse nicht noch weitere Kindesmorde auf dem Gewissen hat.

— Ferner auf dem Güterbahnhof. In der Nacht zum Montag geriet ein auf dem hiesigen Rangierbahnhof stehender Eisenbahnwaggon, der mit Tepentinstäßen voll beladen war, in Brand. 6 andere Güterwaggen, die mit Kohlen, Laub und anderen Gütern beladen waren, gerieten ebenfalls in Brand, konnten aber zum Teil gerettet werden. Die Feuerwehr hatte einige Stunden mit der Bewältigung des Brandes zu tun.

**Bromberg, 26. April.** Zur Bauhandwerker-Ausberung. Hier sind nach einer Kontrolle 16 Voliere, 128 Maurer, 78 Arbeiter und 40 Zimmerer angestellt, während noch 8 Voliere, 218 Maurer, 170 Arbeiter und 106 Zimmerer in Arbeit stehen. Die diespreisliche Einigkeit der Unternehmern scheint in die Preise gegangen zu sein. Auf einigen Baustellen wurde den Arbeitern von den Unternehmern geraten, sie möchten der Arbeitsgeber-Kontrolle einfach erklären, sie wären am Aford beteiligt.

Proben in der Holzindustrie. Nachdem vor einigen Wochen der Tarif durchgebraten und angenommen worden ist, jetzt die Unternehmern diesen nicht zu akzeptieren, und verweigern die Unterschrift. Bei den neuesten Verhandlungen besetzten sie sogar die Dreifaltigkeit, den Arbeitnehmern einen neuen ganz unannehmbaren Tarif vorzulegen. Als dieses von den Arbeitnehmern abgelehnt wurde, erklärten die Unternehmern am Sonnabend die allgemeine Auspernung vornehmen zu wollen. Diesen Beschluß haben sie einstimmig gefaßt, aber bis jetzt noch nicht zur Ausführung gebracht. Die Holzarbeiter mögen Bromberg meiden.

Voranwortlicher Redakteur: Robert Kitzler. — Redaktion und Expedition: Rosa Spangenbergstr. 6. — Druck von Carl Schöde. — Druck von 12. 6. u. S. — Jährlich in Dresden. — Die Zeit 2 Weltg.



# Maifeier in Breslau.

An einem Sonntag begeht in diesem Jahre das Proletariat die Feier des ersten Mai! Mitten ins Kampfgetöse der Bauarbeiter-Ausperrung fällt die Demonstration für Verkürzung der Arbeitszeit. Und gleichzeitig mit diesem wirtschaftlichen Kampf schlagen die Wellen der Wahlrechts-Bewegung in Preußen aufs neue empor. Die Feier des 1. Mai muß sich aus allen diesen Gründen in diesem Jahre allerorts in ungeahnter Größe erheben!

In Breslau wird die Feier mit einem Festakt im Gewerkschaftshaus eingeleitet, der Vormittags, Punkt 11 Uhr, beginnt und 1½ Stunde währt. Er besteht aus Festrede, Gesang, Deklamation und Musikaufführungen der Stadttheaterkapelle, die der Bedeutung des Tages entsprechen. Programme zum Preise von 20 Pf. sind von morgen an im Parteisekretariat und bei den Distriktsführern zu haben.

Nachmittags um 2 Uhr folgt an Stelle des nicht genehmigten Umzuges ein

## Großer Ausflug in die Umgegend von Breslau

von den Bahnhöfen aus. Näheres über das Ziel wird noch bekannt gegeben. Programm der Nachmittagsfeier: Gesangsschöre, turnerische Aufführungen, Kinderbelustigungen, Abends Tanzkränzchen im Gewerkschaftshaus.

An die Teilnehmer der Nachmittagsveranstaltungen wird ein Maiabzeichen zum Preise von 10 Pfg. ausgegeben.

Arbeiter, Parteigenossen! Die Wucht der Maidemonstration in diesem Jahre muß den Gegnern die Ueberzeugung von der Unbesiegbareit des Proletariats beibringen.

## Auf, zur Meereschau am 1. Mai!

### Zum Kampf im Baugewerbe.

#### Magistratsrat von Schulz für den Frieden im Baugewerbe.

Die nun endgültig vollzogene Einigung im Berliner Baugewerbe ist für die Scharmacher vom Arbeitgeberbund eine kaum zu verwindende moralische Niederlage. Die Frage, die der Oberbürgermeister von Nürnberg, Herr v. Schulz, bei den erfolglos verlaufenen Nürnberger Einigungsverhandlungen an die Arbeitgeber richtete, warum denn in Nürnberg nicht gehen sollte, was in Berlin und Hamburg möglich sei, wird jetzt in allen Orten des Reiches wiederholt werden. Durch die lokalen Vereinbarungen, die auf Grund des alten Tarifs in den beiden größten Städten Deutschlands zustande gekommen sind, hat die Dresdener Forderung eines ganz auf die einseitigen Interessen der Unternehmer zugeschnittenen Reichszentraltarifs für alle Versäntigen aufgehört diskutabel zu sein. Und schon wird in den Telegrammen der Berliner Presse vom letzten Sonntag festgehalten, daß in den verschiedensten Orten die Berliner Einigung ihre Wirkung auf die Unternehmer nicht verfehlt hat.

In einem Artikel des „Tag“ äußert sich der erfolgreiche Vorsitzende des Berliner Schiedsgerichts, Magistratsrats v. Schulz, über die Frage, welche Wirkung die Berliner Einigung nach außen hin zeitigen werde, allerdings zunächst pessimistisch, da die Erregung der Arbeitgeber zu groß sei. Herr v. Schulz fährt aber dann fort:

Vielleicht kann erreicht werden und dringend zu empfehlen ist es, daß infolge des Ausscheidens Hamburgs und jetzt Berlins der Bund veranlaßt würde, seine Forderungen einer nochmaligen Revision zu unterziehen. Der von Hamburg und Berlin betretene Weg ist gangbar. Das beweist bereits die Einkünftepolitik der Arbeitgeber im Architektenbau. Ich glaube nicht, daß ein Tarifvertrag, welcher die sämtlichen Dresdener Forderungen enthält — mag die Aussperrung noch so lange währen — sich überhaupt bei den Arbeitern durchsetzen läßt.

Das glaubt der Arbeitgeberbund ja offenbar auch nicht, er hat ja absichtlich seine Forderungen so gestellt, daß die Arbeiter sie nicht annehmen konnten, weil er keinen Tariffrieden, sondern die Aussperrung haben wollte. Nun hat er sie, aber ob er seines Erfolges froh werden wird, darf man nach den bisherigen Erfahrungen bezweifeln.

Die Zahl der im Baugewerbe Ausgesperrten beträgt nach den Angaben der Zentralverbände: 60—70.000 Maurer, 22.000 Zimmerer und 24.000 Bauhilfsarbeiter. Von den Christlichen fehlen die Zahlen noch. Die Gesamtzahl der Ausgesperrten wird auf 130—150.000 angegeben. Genauere Zahlen können nicht angegeben werden, weil viele der Ausgesperrten abwandern.

Ist auch die Aussperrung nicht in dem Umfange gescheit, wie die Scharmacher wollten, so ist doch in Rücksicht darauf, daß auch noch eine größere Anzahl Arbeiter der Nebengewerbe durch diese Aussperrung in Mitleidenschaft gezogen werden, die tatkräftige Solidarität der gesamten deutschen Arbeiterschaft zur Unterstützung dieses Kampfes erforderlich.

### Außerordentlicher Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

Kr. Berlin, 25. April 1910.

Der Kongress tagt im großen Saale des Berliner Gewerkschaftshauses und ist von 422 Delegierten besetzt, die 1.948.548 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen vertreten. Der

Partei Vorstand, die sozialdemokratische Fraktion und eine Reihe anderer Körperschaften haben Vertreter entsandt.

Mit der Leitung des Kongresses werden Regien und Haupt-Magdeburg betraut. Der Kongress beschäftigt sich ausschließlich mit der Reichsversicherungsordnung, die in folgender Gliederung behandelt wird:

- a) Krankenversicherung. Referent: Bauer-Berlin.
- b) Mutterschaftsversicherung. Referentin: Gertrud Hanna.
- c) Unfallversicherung. Referent: Wissell-Berlin.
- d) See-Unfallversicherung. Referent: Müller-Hamburg.
- e) Invalidenversicherung. Referent: Timm-München.
- f) Hinterbliebenen-Versicherung. Referent: Lesche-Hamburg.

Der Vorsitzende der Generalkommission Regien eröffnete halb nach 10 Uhr den Kongress und bemerkte, daß es sich auf diesen Kongress nicht um Fragen der Organisation handle, sondern um Stellungnahme zur Reichsversicherungsordnung, um zu versuchen zu verhindern, daß die Arbeiter nur als Objekte der Gesetzgebung betrachtet werden und ihnen die Selbstverwaltung in den Krankenkassen entzogen wird. Er hat zu dem Zwecke Vorberatungen des Gesetzentwurfes in einer Sachverständigenkommission vorgenommen. Regien vermerkt weiter die

#### Abkehrung der Christlichen.

sich an dem Kongress zu beteiligen. Diese äßen jetzt vor, mit Ministern und Professoren zusammen zu tagen und nicht mit ihren Klassenossen; sie hätten sich an der Tagung der Gewerkschaft für soziale Reform beteiligt. Reichsbehörden und insbesondere das Reichsamt des Innern einzuladen, habe die Generalkommission unterlassen, weil die Behörden immer und immer wieder auf kleinsten Tagungen der Unternehmer anwesend seien, die Teilnahme an Arbeiterkongressen aber ablehnten, weil sie augenblicklich keine Zeit haben. Zudem komme, daß das Reichsamt durch die Beschlüsse der Gewerkschaftstagungen ausreichend informiert sei. — Einladungen durch die Generalkommission seien an alle Fraktionen ergangen, aber nur die sozialdemokratische sei dieser Einladung gefolgt.

Dem Kongresse lag folgende Resolution vor, die einstimmig angenommen wurde:

Der außerordentliche (VII.) Kongress der Gewerkschaften Deutschlands zu Berlin spricht den ausgesperrten Bauarbeitern seine vollsten Sympathien aus. Daß von dem Unternehmerverband vorgelegte Vertragsmuster enthält Bestimmungen, deren Annahme jeden weiteren Einfluß der Gewerkschaften auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unterbinden müßte. Die Zurückweisung dieser Bestimmungen erfordert das Selbstbestimmungsinteresse der Gewerkschaften. Der Kampf der organisierten Bauarbeiter gegen die beabsichtigte Vergewaltigung durch den Unternehmerverband ist deshalb ein Kampf für die gewerkschaftlichen Grundrechte aller Arbeiter.

Der außerordentliche (VII.) Gewerkschaftskongress fordert auf Antrag sämtlicher Vorstände der deutschen Gewerkschaften die organisierten Arbeiter Deutschlands auf, auch ihrerseits den ausgesperrten ihre Solidarität durch sofortige Aufnahme allgemeiner Sammlungen zu beweisen.

Außerdem liegt dem Kongress folgender, von den Zentralvorständen namentlich unterzeichneter Antrag vor:

Für den Fall, daß die in dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung vorgesehene Halbierung der Beträge und der Verringerung für die Krankenversicherung Gesetz werden sollte, verpflichten sich die der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften, dahin zu wirken, daß die Gewerkschaftsbeiträge um denjenigen Betrag erhöht werden, den die Arbeiter infolge der geminderten Beitragszahlung zur Krankenversicherung ersparen. Die dadurch erzielten Mehreinnahmen sollen dazu verwendet werden, den Einfluß, der den Arbeitern innerhalb der Verwaltung der Krankenkassen genommen wird, durch verstärkten gewerkschaftlichen Kampf auf wirtschaftlichen Gebieten zu erweitern, um so den der Arbeiterklasse durch die Reichsversicherungsordnung zugefügten Schaden auszugleichen.

Darauf folgt das Referat Bauers über Krankenversicherung. Der Redner bezeichnet als Grundforderung der Arbeiter die

#### Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung.

Die Vereinfachung dieser Forderung hat schon vor Jahren die Regierung und der Reichstag zugegeben. Der jetzige Gesetzentwurf der Regierung bringt keine Vereinheitlichung und könne die Arbeiterschaft unter keinen Umständen zufriedenstellen. Für die Krankenversicherung muß die Versicherungspflicht für alle Personen mit einem Einkommen bis zu 5000 Mark gefordert werden. Der Entwurf will die Einkommensgrenze auf 2000 Mark beschränken lassen. Redner bespricht die paar geringen Verbesserungen, die der Entwurf vorbringt und

fenntzichnet dann die größten seiner Wünsche. Eine enorme Verschlechterung ist der Ausschluß aller Ehegatten von der Krankenversicherung. Eine weitere Verschlechterung ist, daß die Kassen nur noch in Ausnahmefällen die Zahlung von Krankengeld beim ersten Tage an einführen können. Ganz rigide Bestimmungen steht der Entwurf vor in Bezug auf Strafen gegen Kassenangehörige. Die Angestellten sollen mit Geldstrafen bis zu 1500 Mark, wo es sich um Schädigung von Unternehmerinteressen handelt, sogar nur mit Gefängnis bestraft werden können. Die kleinen und leistungsfähigen Kassen sollen nicht nur bestehen bleiben, sondern auch in Zukunft in unbeschränkter Zahl weiter errichtet werden können. Dagegen sind die einschneidenden Bestimmungen vorgegeben gegen die freien Hilfskassen. Redner weist ausführlich, mit welchen Mitteln den Hilfskassen der Lebensablauf abgeschnitten werden soll.

Vor allem aber greift der Entwurf in gerade ungläubiger Weise in die innere Organisation der Krankenkassen ein. Jede darauf bezügliche Bestimmung hat den Zweck, die

#### Selbstverwaltung der Arbeiter

abzuschaffen. Redner weist nach, daß sie alle darauf hinwirken, das einzuführen was der Zentralverband der Industriellen will, nämlich die Kassenbeamten selbst zu bestimmen und in den Kassen frei wählen und wählen zu können. Der Entwurf wird vom Redner in fast allen Teilen als ein gemeinschaftliches Attentat nachgewiesen, gegen das die Verteidiger des berechtigten Proletats erheben müssen. Nicht die Fähigkeit und das Können soll mehr maßgebend sein bei der Besetzung der Verwaltungsstellen, sondern alle politisch unabhändigen Arbeiter, mögen sie noch so befähigt sein und mögen sie noch so große Verdienste um die Krankenversicherung sich erworben haben, sollen von der Verwaltung ausgeschlossen werden. Den Kassenbeamten soll das Recht dadurch gebrochen werden, daß man ihnen die Besetzung qualifiziert gibt. Den Ärzten und Apothekern stellt der Entwurf ein unbefugtes Entgegenkommen. Der jetzt bestehende Rechtsweg für die Kassenbeamten, durch den es ihnen bisher möglich wurde, im Verwaltungsstreitverfahren ihr Recht zu erlangen, soll abgeschafft werden. Werden der Aufsichtsbehörde die Rechte übertragen, wie der Entwurf es beabsichtigt, so sind die Arbeiter nur noch Stoffen, die nicht zu sagen haben. Für die Abkehr der Regierung und der bürgerlichen Parteien muß ihnen die Quittung vor allem bei der nächsten Reichstagswahl erteilt werden. (Rednerzeit beinahe.)

In der Nachmittagsfeier erhaltete Gertrud Hanna-Berlin, die Sekretärin der Generalkommission, das erste Referat über

#### Mutterschaftsversicherung.

Nur 4 Paragraphen der mehr als 1500 Paragraphen umfassenden Reichsversicherungsordnung beschäftigen sich mit der Wochenhilfe für Frauen. Schon das zeigt, daß von einer wirksamen Mutterschaftsversicherung keine Rede ist. In Deutschland sterben von 100 Lebendgeborenen im ersten Jahre 18,5 Prozent, eine Sterblichkeitsrate, die nur von Österreich und Rußland übertrifft werde. Dagegen übersteige England mit nur 11 Prozent und Norwegen mit nur 8 Prozent Säuglingssterblichkeit. Die hohe Sterblichkeitsrate in Deutschland habe ihre Ursache nicht in klimatischen Gründen, sondern ausschließlich in den wirtschaftlichen Verhältnissen; denn sie sei in den einzelnen Gegenden des Reiches, ja sogar in den einzelnen Provinzen Berlins je nach der wirtschaftlichen Struktur der Bevölkerung ganz ungleich. Bei den Kindern vom ersten bis fünften Jahre sei infolge der großen hygienischen Fortschritte die Sterblichkeit im letzten Jahrzehnt fast um die Hälfte zurückgegangen, bei Kindern unter einem Jahre dagegen gleich hoch geblieben. Immer mehr verheiratete Frauen gehen in die Fabrik, und damit wachsen die Gefahren einer hohen Kindersterblichkeit immer rascher. Nach der neuen Reichsversicherungsordnung erhalten nur die schon sechs Monate vorher verheirateten Wöchnerinnen eine Entschädigung in der Höhe des Krankengeldes auf die Dauer von acht Wochen. Alle weiteren Leistungen an die Familienmitglieder von Verheirateten, an Stillgeb. usw. seien in das Belieben der Krankenkassenverbände gestellt. Demgegenüber sei unter Ablehnung besonderer Mutterschaftsversicherungskassen eine Entschädigung von acht Wochen vor und nach der Entbindung in Höhe des vollen Tagesverdienstes, an Stillgeb. für selbststillende Mitglieder bis 13 Wochen nach der Entbindung in Höhe des vollen Krankengeldes zu fordern. Außerdem seien Hebammendienste und freie ärztliche Hilfe bei Schwangerschaftsbeschwerden zu verlangen. Leider sei bisher nur ein Drittel der erwerbstätigen Frauen krankenversichert, so daß die Abschaffung der Krankenversicherung gerade hier besonders wichtig und notwendig sei. Der Mutterschutz ist vielleicht das be-

# Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 26. April.

## Geschichtskalender.

26. April.

- 1689 Der französische Dramatiker Jean de Racine in Paris †.
- 1787 Der Dichter Ludwig Uhland in Tübingen †.
- 1798 Gillyottine zum ersten Male gebräuchl.
- 1907 Robert Schweißel †.
- 27. April.
- 1820 Der englische Philosoph Herbert Spencer in Derby †.
- 1900 Unfall des Zentrums beim Textilarbeiter-Zehnjahrestagesantrag.
- 1909 Sultan Abdul Hamid enthront.

## Polizeipräsident v. Oppen bei der Arbeit.

Man wird den Mann jetzt bald im Bilbe bringer müssen, damit die Bevölkerung, die ihn täglich in seinen Schuhschreibern bei der Arbeit sieht, auch sein Gesicht kennen lernt. Das hat schon auf manchen eine heilsame Wirkung ausgeübt und es erscheint uns an der Zeit, daß man der Breslauer Bevölkerung den Mann ganz genau zeigt, der am Sonntag Abend die Polizeischlacht an der „Börse“ zu verantworten hat und täglich aufs neue beweist, daß er nicht gewillt ist, die Einwohner Breslaus in Ruhe zu lassen. Er geht ja, wie wir hören, nicht allmählich auf die Straße. Aber so oft er geht, muß man dafür sorgen, daß jeder ihn sofort erkennt und laut sagen kann: Das ist der Mann, dessen Polizeipräsidenten mit den Bürgern der Stadt machen können, was sie wollen!

Daß das nicht übertrieben ist, zeigten wir bereits gestern an dem Bericht der „Breslauer Zeitung“, worin mitgeteilt wurde, daß die Polizei die Besucher der Versammlung regelrecht provoziert hat und daß der Anführer der Polizisten föhlich, als die ersten Leute kamen, erregt den Befehl gab:

### „Nicht lauge Fagen machen! Säbel raus!“

Uebereinstimmend wird auch in den Blättern, soweit sie nicht im Solde der Polizei stehen und nichts als Werkzeuge des Herrn v. Oppen sind, festgestellt, daß die Pfuh- und Hochrufe erst nach dem provozierenden Vorgehen der Polizisten ertönten. Und daß es tatsächlich eine Provokation war, das empfanden selbst die Schuhschreiber, soweit sie nicht ganz und gar blindlings den Kommandos folgten. Dem Referenten Dr. Dreißheid antworteten eine ganze Anzahl Schuhschreiber auf die Frage, weshalb sie denn mit blankem Säbel herumspazierten, da die Leute doch ganz ruhig wären: „Ja, das wissen wir selbst nicht, es ist nun einmal Befehl!“

Soweit es schon gekommen, daß Herr v. Oppen nicht einmal von seinen eigenen Untergebenen mehr verstanden wird! Und daß selbst bürgerliche Blätter sein Verhalten scharf zu geißeln gezwungen sind. Man lese nur, was die sonst so gemäßigte „Breslauer Morgenzeitung“ schreibt:

Die Breslauer Polizei hat wieder einmal eine Ordnungstat vollbracht. Aber es scheint ihr Schicksal zu sein, daß die guten und edlen Absichten, welche sie von Amts wegen verfolgt, von denjenigen noch immer nicht nach Gebühr gewürdigt werden, denen sie zum Besten dienen sollen. Insofern hat die polizeiliche Mafnahmenabsicht unter solcher Verhöhnungstasche zu leiden, so oft sie den Verkehr auf der Straße unter ihre außerordentlichen Dshur und Hölzergeißel nimmt. So war es auch am Sonntag Abend. Herr Dr. Dreißheid hat in großen Saale der Armen Börse einen Vortrag über das Thema: „Der Kampf geht weiter“ gehalten, nämlich der Kampf um ein Wahlrecht für Frauen, wie wir es als Reichsbürger verlangen dürfen. Die stark besetzte Versammlung verlief in würdiger Weise: um 11 Uhr Abends war sie beendet. Als die Meetingstunde, es waren auch Damen in größerer Anzahl darunter, auf die Straße traten, fanden sie zu ihrer Überraschung die Graupenstrafe durch ein hartes Schuhschreibernorment demütig abgepörrt. Die Polizei hatte offenbar befürchtet, daß man zum Ringe marschieren, dort demonstrieren und vielleicht gar das altherwürdige Rathaus erschüttern werde. Tatsächlich hätte aber niemand an so revolutionäre Taten, wohl aber bewirkt die geradezu provozierende Maßnahme, wie das nicht anders zu erwarten war, eine zeitweise Verkehrsstockung, durch welche auch der Straßenbahnverkehr eine zeitweise Unterbrechung erlitt. Die Polizei, welches sich auch immer nicht an die ordnungsgemäße Praxis, für die Straßenordnung zu sorgen, gewöhnt hat, war über die Sperrung der Graupenstrafe sehr unglücklich und gab dieser Empfindung auch lauten Ausdruck. Dafür aber hatten die Herren vom blanken Luch sein Verhängnis; sie joggen blank und verarschelten ein abendliches Meitrennen hinter den flüchtigen Protestlern. Der Herr Polizeipräsident geriet uns zu bezaubern, daß wir, und mit uns zahlreiche Bürger, welche Stunden des ärgerlichen Wartens waren, diese Mißpernung eines öffentlichen Verkehrs in höchstem Grade befremdlich bezeugten, und daß wir uns solchen Mißgriffen der Polizei nicht eines Tages erlauben werden. An anderen Orten, so in erster Reihe in Berlin, ist die Polizei seit längerer Zeit bewußt, von Maßnahmen Abstand zu nehmen, welche unnötige Konflikte auslösen können; es wäre nachgerade angezeigt, daß auch in Breslau eine gleiche polizeiliche Amtsauffassung Platz griffe. Bei dieser Gelegenheit wollen wir dem Herrn Polizeipräsidenten mitteilen, daß außer in Dresden jetzt auch in Görlitz und Hoyerswerda den Sozialdemokraten die Mafnahmen am Sonntag, den 1. Mai, ausdrücklich genehmigt wurden.

Sogar sonst ganz gute Unterthanen setzen mit Schreien der Arbeit der Polizei zu. Im „General-Anzeiger“ liest man gar folgendes:

Welche Erbitterung dieses völlig unangelegte Vorgehen der Polizei hervorgerufen hat, beweist uns folgende Zuschrift eines sehr angesehenen hier wohnenden Bürgers aus einer größeren Provinzstadt:

Nach längerer Abwesenheit bin ich nun wieder auf kurze Zeit in meine liebe Vaterstadt Breslau zurückgekehrt und besuchte heute Abend die öffentliche politische Versammlung

eindrucksvoll und vollkommen ruhig und schlich vornehm verließ. Um so unverständlicher war das Schauspiel, das sich daran anschloß. In wüthender Rufe traten die Versammlungsteilnehmer, überwiegend Angehörige des mittleren Bürgerstandes, auf die Straße, dort bot sich ein bei der Sachlage höchst verwunderliches Bild: Ritta 20 Schuhschreiber bildeten eine dicke Kette über die Graupenstrafe, nach der Sparasse zu. Wozu in aller Welt? Diese Demonstrationabsicht fehlte, nicht ein Hoch auf das Wahlrecht oder der erste Ton eines Liedes waren zu hören. Wozu diese provozierende Ansammlung von Schuhschreibern? Der Weg nach der inneren Stadt wurde dem Publikum unmaßlich gemacht, natürlich entstand eine Staunung der nicht gerade geballten Menge. Man hörte man „Pfuh!“-Rufe, die wohl erstärklich waren, denn es kam doch unmaßlich Aufgüsse der Polizei sein, in völliger Verkennung ihres eigentlichen Zweckes, für den sie vom Volk bezahlt wird, den Verkehr ruhig, ungestörter Menschen in dieser Weise zu stören und Erregungen hervorzurufen, die unabsehbar Folgen haben können! Wohl, ohne daß mir eine Klage dafür erkennbar gewesen wäre, wurde gestern auf Kommando blank gezogen und die Schuhschreibernschaft brangauf die Menge ein. Es war ein Anblick, der selbst ruhigen, besonnenen Menschen, zu denen ich mich rechnen darf, das Blut zu Kopf steigen ließ. Welche Veranlassung hatten diese anständigen Leute, die ja eben friedlich und so Interessens einem Vortrag gelauscht und ein bißchen über Religion und Politik diskutiert hatten, zu solcher Maßregel gegeben? Jeder Mensch, der noch etwas Würde in sich fühlt, mußte erbittert werden.

Einige noch kräftigere Stellen des Briefes hat das Blatt sofar noch fortgelassen. Aber es stellt fest, daß die Polizei die allein Schuldige ist:

Die Gemüter waren in diesem Wahlrechtskampfe gerade auf dem besten Wege, sich zu beruhigen und der Zusammenstoß kam uns daher erstern gänzlich unerwartet. Da muß die Polizei wieder alles verderben! Sieht sie denn nicht selbst ein, wie verkehrt solch ein Vorgehen ist?

Ein Blatt nur tritt auf die Seite des Präsidenten. Aber es tut es in so läppisch unbefolgsamer Weise, daß man Mitleid haben muß mit den armen Kerlen, die heute im Dienste der Bauherren, morgen im Solde der Junker und dann wieder im Dienste der Polizei stehen. In dem Bestreben, jedes wahre Wort streng zu vermeiden, und sich nichts merken zu lassen, daß man garnicht dabei war, würgen sich diese Skribistare folgendes Gemammel ab:

Nach Schluß der Versammlung gegen 10<sup>1</sup> Uhr verließen die Teilnehmer, zum größten Teil Sozialdemokraten, geschlossen nach dem Hause voranzugehen. Die Polizeibehörde hatte jedoch rechtzeitig die Graupenstrafe an der Kreuzung der Wallstraße gesperrt und die fürzweckenden und schließenden Massen wurden in die Wallstraße und in die Promenade gedrängt. Die Polizei war dabei gezwungen, mit gezogenem Säbel voranzugehen. Einige besonders resolute Barschen wurden festgenommen und zur Wache gebracht. Nach etwa einer halben Stunde war die Ruhe wieder hergestellt.

Unser aufrichtiges Beileid, Herr v. Oppen, zu diesen Freunden, die ganz gute Diener sein mögen, aber als Zeitungsschreiber dem Juche der Lächerlichkeit verfallen!

## Verlegenheitsmädchen eines Techniker-Unternehmers.

Im Trebnitz verfuhr der Baunternehmer Janke, seine Poliere durch ein Zirkular „aufzuklären“, das folgenden Wortlaut hat:

### An die Herren Poliere!

Zur Klarstellung des Tarifkampfes im Baugewerbe bin ich gezwungen infolge der falschen Gerüchte, die im Umlauf sind, folgendes bekannt zu geben:

Es ist nicht wahr, wenn in Trebnitz behauptet wird, die Meister wollen das Lohn pro Stunde um 5 und 10 Pfennige drücken. Mehr ist, daß die Meister die alte Arbeitszeit von 10 Stunden im Kreise I und 10<sup>1</sup> Stunden im Kreise II beibehalten wollen. Die Gewerkschaftsführer wollen aber die Arbeitszeit weiter ermäßigen. Daß dies aber keineswegs der Wunsch und Wille der Trebnitzer Gesellen ist, das weiß doch jeder. Auf dem Lande wollen die Gesellen sogar lieber die schon jetzt festgesetzte Arbeitszeit verlängert und nicht verkürzt wissen. Im Grunde genommen haben sie ja eigentlich auch recht, denn was sollen sie nach Feierabend anfangen? Zum Spazieren gehen haben sie keine Lust, da reicht der Weg von zu Hause nach der Arbeitsstätte und wieder zurück schon für die ganze Woche aus. Kleinen gibt es häufig mehr, und dann ist es auch nicht jedermanns Sache, ihr Geld der Heimkehr zu entziehen und dem Gastwirt einzuflecken. Die Forderung der Kürzung der Arbeitszeit geht daher nur von den großstädtischen Gewerkschaftsführern aus und ist für unsere Gegend direkt ein Schaden. Es sind auch im Verbandsrat genug Gesellen, in unserer Gegend glaube ich fast alle, welche dasselbe denken, die sich aber fürchten, ihre Meinung den Führern bekannt zu geben, weil die dann eben ausgelacht werden. — Um nun diesen weiteren Kürzungen der Arbeitszeit entgegenzutreten, haben die Meister beschlossen, alle diejenigen, welche im Verbandsrat sich so lange nicht zu beschließen, bis der Verband sich damit einverstanden erklärt, die alten Arbeitszeiten beizubehalten. Das ist der hauptsächlichste Grund des für beide Teile bedauerlichen Kampfes. Von einer Verkürzung ist absolut nicht die Rede.

Es werden auch noch andere Dinge aufgeführt, zum Beweis, daß die Trebnitzer Meister 4000 Mark dem Unternehmer im Kreise angeboten haben, damit sie mitschalten. Es wird ferner gesagt, die Meister wollen die Gewerkschaften erdrücken. Das ist nicht wahr. Nur das wollen sie, daß die Gewerkschaften nicht Forderungen wie die Verkürzung der Arbeitszeit stellen, welche sich mit den Wünschen der Arbeitnehmer und wie bei uns sogar mit den Verbandsmittglidern gar nicht decken.

Diese kurze Erklärung hielt ich für nötig, denn es weiß ja eigentlich keiner im Verbandsrat, was es sich eigentlich handelt.

Meistermeister Janke,  
Landkreis I.

Eine in Trebnitz am Sonntag Mittag haltende, von über 300 Gewerkschaftern besetzte Versammlung, in welcher Gen. Albert-Preslau über die wahren Ursachen der Anwesenheit referierte, bekräftigte sich auch um dieses Ziel. Der Referent forderte schließlich den ausgedehnten Dank Janke auf, daß einmal einen solchen Arbeiter, der freiwillig noch länger als in Trebnitz üblisch ist, zu erhalten bereit ist, auf den Tisch des Banke! niederzulegen. Der J. aber hätte sich in Schrecken. Nun von einem seiner Lehrlinge wurde gemerkt, daß er nicht „so gemein“ vorant ihm erwidert wurde, daß das Schreiben bloß und bloß abgehängt sei und man „so“ schreiben werden kann, er solle sich aber keine Anstrengungen sparen. Von der Versammlung wurde das Schreiben dieses Herrn mit herzlichem Beifall angenommen und durchweg mit dem Wunsch, daß der Inhalt des Schreibens vom ersten bis zum letzten Worte wahr sei.

vor einigen Tagen so tat, als berühre sie der Streit ihrem Betriebs garnicht, stürzt sich jetzt bereits in große Konflikte zu entspringen. Die wenig sie das aber vermögen beweist die Tatsache, daß die Firma in der Hauptsache unserer Darstellung bestätigt und zugeben muß, daß sie auf die Forderung der Arbeiter nach einem Tarif eine Aenderung der — Arbeitsordnung geantwortet hat. Die wenig Wert aber die eigenen Arbeiter der Maßgabe auf die Herrenergüsse der Firma legen, zeigt die Tatsache, daß unserer Papierkorb und der des Verbandes der Brauerarbeiter die Menge der eingesandten Zirkulare kaum auffassen können.

Wiederholte Anfragen gegenüber, namentlich aus dem Kreise der Konsumvereinsleiter, bemerken wir, daß der Maßkaffee „Bams“ seit Donnerstag boykottiert ist.

Das Gefängnis eingezogen ist am gestrigen Montag Nachmittag zwischen 4 und 5 Uhr unter Kollege Richard Schiller um dort die beliebige Ehren des größten Grundbesitzer in Schlesien des Fürsten von Pleß, durch eine sechsmonatliche Gefängnisstrafe wiederherzustellen. Ehe die sechs Wochen jedoch abgelaufen sind, drohten weitere gegen Schiller erkannte Freiheitsstrafen rechts gültig werden; es können 3 bis 6 Monate vergehen, ehe er in seinen Arbeitskreis zurücktritt. Der Wille des Staatsanwalts hatte es veranlaßt, daß Schiller seine Strafe in Wohlau abzudulden hat und von einigen Kollegen begleitet wurde er an der Eisenpforte des dortigen Gefängnisses abgeleitet, das schon mehreren Volkswachverhafteten eine unzeitwillige Herberge bot. Hoffen wir, daß er in nicht zu langer Zeit und in alter Gesundheit wieder Empfang nehmen können.

Die radfahrenden Bauarbeiter von Partitz am 1. April für Mittwoch Mittags 1 Uhr einen Agitations-Ausflug nach Rissewitz, der Domäne des ebenfalls streikbare wie berichtigungs- und flagelstigen Pfarrers F. J. Jäger. Flugblätter, die dem Herrn Pfarrer ganz besonders unangenehm sind, werden in großer Menge mitgenommen. Besamitlich hat der Pfarrer obgleich ers von sich glaubt, nicht die Macht, das Flugblattverteil zu verhindern, auch wenn es ihn noch so ärgert. Die Teilnehmer an der Fahrt erhalten aus der Vereinskasse 1 Mk. Entschädigung.

In der Frage der Eingemeindung von Großschlesien wird offiziell mitgeteilt, daß der Minister, dem die Angelegenheit augenblicklich zur Prüfung vorliegt, aller Voraussicht nach sein früher abgelehnte Haltung mit Rücksicht auf das erzielte Einverständnis zwischen der Stadt und dem Landkreis Breslau etwas zu ändern wird, so daß der Eingemeindungs wohl nichts mehr im Wege stehen dürfte. Hoffen wir, daß es diesmal stimmt.

Achtung, Sattler! In Dausen, Breslau und Briga (beide Breslau) stehen die Geschirre, Treibriemen und Militärsattel-Sattler in Lohnbewegungen. Die Brieger Militärsattel haben die Arbeit niedergelegt. Wir eruchen alle einschichtig vollen Kollegen, diese Orte streng zu meiden.

## Die Sanleitung.

Todesfall in der Breslauer Pressewelt. Der führende Chefredakteur der „Schlesischen Volkszeitung“, Konstantin Nowak, ist am Sonntag im Alter von 65 Jahren einer Herzschwäche erlegen. Der Verstorbenen war, so heißt es in dem Nachruf des genannten Blattes, länger als ein Menschenalter mit der Redaktion der „Schles. Volksztg.“ aufs innigste verbunden und hatte vor nunmehr 20 Jahren die ganze Leitung der Redaktion übernommen. Womöglich dem 1. Januar 1909 übernahm er offiziell aus der Redaktion aus, die Krankheit und körperliche Schwäche ihn zwangen, die aufreibende Tätigkeit aufzugeben und sich mehr Ruhe zu gönnen. Was er an Mühe und Arbeitskraft in guten und bösen Tagen aufgewendet hat, besonders in der schweren Zeit des Kulturkampfes mit all seinen Leiden und Unannehmlichkeiten wegen entschiedener Wahrung der katholischen Interessen und Verechtung einer strengen Zentrumspolitik, das wird ihm niemals vergessen werden. Mit ihm ist ein alter Veteran der Journalistik dahingewandert, der in seinem Berufsbeginn, und kaum einer hat ja wohl mehr Befriedigung in dem ihm aufgelanden Berufe gefunden, aber auch niemand mehr die Vornehmheit geliebt, denn Aufsehung, ja Verfolgung, Entlassung, sogar Verhaftung und Gefängnis hat er als der politische Redakteur eines Zentrumsbblattes in schwerer Kulturkampfszeit in reichstem Maße auf sich nehmen müssen.

Auch der Gegner erkennt an, daß Nowak mit Überwilligkeit und Eifer für die Sache wirkte, die er für richtig hielt, und seiner Ueberzeugung zu Liebe sogar Verfolgung auf sich lud. Wo aber ist heute der Zentrumskredakteur, der noch Halt und Gefängnis zu erwarten hätte im Kampf für sein Ideal? Heute ist eine Nachfolgerschaft herangezogen... die erst kürzlich bei der Ausstellung unserer Schandstunde die Kollegen aus der „Volkswacht“ dem Staatsanwalt denunzierten. So ändern sich die Zeiten.

Vorsicht vor Bilder-Schwindlern! Der Kaufmann Johann Böhme, Am Waldchen 20, 1, pflegt die Landgemeinden der Provinz zu besuchen, um Photographie-Aufträge entgegenzunehmen. Er erscheint meistens in Begleitung eines anderen Person mit einem großen Kofferbuche, in dem Photographien von verschiedener Art enthalten sind. Er berichtet dann, Bilder von derselben Art liefern zu wollen. Wenn dann die Bauern sich zu Bestellungen bewegen lassen, macht er seltene in den Aufnahmen. So ging er auch bei einer Schneiderfamilie in Leinritzswalde bei Camenz vor. Er machte eine Aufnahme der Familie und überlieferte nach einiger Zeit die Bilder unter Nachnahme von 8,75 Mark. Die Bilder waren aber nicht erkennbar von der guten Ausführung, wie sie im Kofferbuche vorgelegt worden waren. Die Besteller schliefen sich deshalb betrogen und erkrankten an der Sache. Vor dem Schöffengericht bezeichnete ein Photograph als Sachverständiger die Bilder als künstlerisch durchaus minderwertig und in der Ausführung den Mitteltönen verarbeitend. Ihr Wert sei höchstens 3 Mark. Der Angeklagte gab zu, daß er lediglich Amatourphotograph sei und macht geltend, daß er die Bilder selbst nicht ausgeführt habe, sondern diese Arbeit durch seinen Gehilfen betorgen lasse. Das konnte ihn indes nicht von seiner Verantwortlichkeit entbinden. Das Gericht verurteilte ihn, nach der „Bresl. M.-Ztg.“ wegen Betruges zu 9 Mark Geldstrafe. — So hülich kommen die Betrüger sonst nicht davor. Herr Böhme kann deshalb von Glück reden.

Eine Schickssache spielte sich in der Nacht zum 3. Februar im Cafe zur „Sonne“ an der Oberwachstraße ab. Der Oberkellner Emil Müller, der das Lokal in betrunkenem Zustande betreten hatte, bemerkte dort anderen Gästen gegenüber mit seinem Revolver. Um schließlich zu beweisen, daß es sich auch wirklich um einen „richtigen“ Revolver handle, hielt er ihn unter den Tisch und feuerte gegen den Fußboden. Dabei wurde ein Kaufmann am Fußboden verletzt, welcher Müller bereits vor dem Schöffengericht schadenhaftig gemacht worden ist. Jetzt hatte er sich vor dem Schöffengericht wegen Körperverletzung und unbefugten Waffentragens zu verantworten. In Rücksicht auf seine damalige Trunkenheit wurde indes Körperverletzung nicht angenommen. Das Urteil lautete nur wegen unbefugten Waffentragens auf einen Mark Geldstrafe.

Mordmord war der 21-jährigen polnischen Arbeiterin Stanislawia Dziejak aus Polnisch-Neuborsitz zur Fall gelang, die sich gestern vor dem Breslauer Schwurgericht zu verantworten hatte. Sie hatte am 26. März ihr neugeborenes Kind sofort dadurch getötet, daß sie ihm mit einem Spatzen den Kopf vom Rumpfe trennte. Die Verhandlung, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, endete mit der Verurteilung der Angeklagten zu drei Jahren Gefängnis.

Die Grundstücks-Wa. ler wollen nicht zahlen.

Die Wertzuwachssteuer bildet gestern Abend den Gegenstand längerer Erörterung in einer vom Grundstücks- und Hypothekendarlehenverein einberufenen Protokollversammlung...

Der Entwurf des Zuwachssteuergesetzes hat nicht nur für die Grundstücks- und baugewerblichen Verhältnisse aller Großstädte im Deutschen Reich...

Indisch ein Mai-Umzug im finsternen Osten! Den hiesigen Genossen ist von der Polizei die Genehmigung erteilt worden, am 1. Mai einen Umzug durch die Straßen der Stadt zu veranstalten...

Die Stadtverordnetenversammlung hält am Donnerstag dieser Woche wieder eine Sitzung ab, für die ein längeres Arbeitspensum vorbereitet ist.

Zu der Vorlage über Einführung von Gasautomaten empfiehlt der Ausschuss II Herabsetzung des Preises um 1 Pfennig gegenüber dem Magistratsantrag...

In der Schweizerserei und der Kutscherschente im Scheininger Park sollen einige kleine bauliche Veränderungen mit einem Kostenaufwand von 4050 Mark vorgenommen werden.

Die beiden Grundstücke Uferstraße 58 und 59 sollen für 46.000 Mark für die Stadt angekauft werden. Die Grundstücke verschließen die Lutherkirche nach Süden hin...

Die Alterszulagen der Wärterinnen für die Bedürfnisanstalten sollen schon nach 2 und 4 Jahren gewährt werden und dadurch eine kleine Aufbesserung der gegenwärtig angestellten Wärterinnen um 5 Mark monatlich eintreten.

Die Ausschmückung und Pflege von Ballonen, Voggen und Fensterbreitern launete der Vortrag, den Herr Gartenbauinspektor Dannenberg am Freitag Abend im Veranlassung des Festes...

Gemüht wurde unser Anmut, als wir die Galerie aufsuchten, auf der die Handelsgärtner eine Ausstellung der Zimmer- und Balkonpflanzen veranstaltet hatten.

Dannenberg auch den Minderbemittelten Ratsschlüsse zur Ermittlung ihrer Ballone und Fenster gäbe?

Was den Markt angeht. Hat man dieses Jahr auf eine zeltigere Zufuhr von junger frischer Gemüße gerechnet, so hat man sich sehr arg getäuscht. War auch der Winter mild, so hält jetzt das rauhe, kalte Wetter alles im Wachstum sehr zurück...

Der Geflügelmarkt ist jetzt recht arm an Auswahl, die wenigen Hühner und jungen Tauben für die Bourgeoisie sind schnell bergelassen und die jüdischen Feiertage...

Die Obstmarkt ist jetzt recht armfellig. Die wenigen Äpfel die noch vorhanden sind, leiden an Altersschwäche und schrumpfen ganz bedenklich.

Blumen sind alle möglichen Sorten zu haben. Feine Auswahl an Pflanzen ist gleichfalls zu beziehen, gleichviel ob für Gärten oder Balkone.

Klage wegen vorauslagter Telephongebühren. Ein Kellner, der ein Jahr bei der Köpchen-Engros-Handlung von Dreier u. Blumensfeld beschäftigt war, klagte nach Prüfung des Arbeitsverhältnisses gegen die Firma auf Erstattung von Telephongebühren.

Ein arbeitsloses Leben zu führen, insbesondere wenn sie bei solchen Arbeitgebern arbeiten müssen, wie Meister Rauter, der von einem Gesellen wegen eines Restlohnens verklagt worden ist.

Ein für Handelschiffsarbeiter wichtige Streitfrage steht gegenwärtig vor dem Gewerbergericht zur Entscheidung. Die Frage betrifft die Arbeitszeit der Handelsleute.

Städt. Theater. Dienstag, Perodes und Marianne. Mittwoch, Lohengrin. (Anfang 7 Uhr.) Donnerstag, Rabane Butterfly. Freitag findet die erste Aufführung von Wolf-Ferraris einaktiger Oper 'Santens Geheimnis' statt.

Lobe Theater. Dienstag, Der Graf von Luxemburg. Mittwoch, Das Kaiser. Donnerstag, Der Graf von Luxemburg. Sonnabend, Das Kaiser.

Ein lebensmüder Arbeiter sprang, wie die Schief. Bg. meldet, am Montag Abend in der Nähe der Fähre am Rottenthor in die Ohre. Der Fahrer des Wagens, Herr Strauß, der den Vorgang beobachtet hatte, verzögerte sich nicht...

Elue Rindfleisch ist am 21. d. Mts. in der Ober der Ohre gefunden worden. Es handelt sich um einen etwa 6 Monate alten Fötus, der ohne jegliche Verbindung ins Wasser geworfen worden ist...

Zwei Pferde im 'Schlinge'. An der Mautschleife (am 'Schlinge') wurden heute Vormittag Arbeiter des 'Gen.-Anzeiger' von einem von Krawitz kommenden Dampfer Papierrollen abholen...

Erwischter Gauner. Der von der Staatsanwaltschaft in Breslau wegen Unterschlagung fleißig verfolgte Oberleutnant Alfred Witt, wurde in Wien verhaftet. Er hatte dort Kautions-schwindel getrieben.

Zigarettenbetrug. In der Nacht zu Montag ist ein Dieb in ein Zigarettengeschäft auf der Hirschstraße eingedrungen. Aus dem Laden hat der Dieb für 180 Mark Zigaretten entwendet.

Neueste Nachrichten.

Wahlrechts-Maifeier. Berlin, 26. April. Parteivorstand, Landtagsfraktion und Pressenvorstand erlassen einen Anruf zur würdigen Feier des 1. Mai unter Berücksichtigung unseres augenblicklichen Wahlrechtsaufbaues.

Zum Baukampf. Breslau, 26. April. Die Bauunternehmer machen bekannt, daß in Deutschland ausgeperrte Arbeiter in den Nachbarstaaten Österreich, Schweden, Belgien, Dänemark, Schweden, Norwegen nicht in Arbeit genommen werden.

Das ist Patriotismus. Dafür müssen deutsche Arbeiter das Vaterland verteidigen, damit sie von deutschen Kapitalisten im In- und Auslande versem werden können!

Die Katastrophe des 3. II. Weilburg, 26. April. Zur Katastrophe des 3. II wird noch berichtet. Die vorherige Gondel steht bereits abgelaufen vom Schiffkörper am Boden. Die Ballonets sind bis auf einige im Vordersteck ausgefahren.

Die Katastrophe des 3. II. Weilburg, 26. April. Zur Katastrophe des 3. II wird noch berichtet. Die vorherige Gondel steht bereits abgelaufen vom Schiffkörper am Boden. Die Ballonets sind bis auf einige im Vordersteck ausgefahren. Der Wind boht sich in den offenen Schiffkörper, hebt ihn hoch und droht, ihn den Berg hinunter zu werfen.

Konstantinopel, 26. April. Der Aufstand in der Provinz Yemen nimmt immer größere Ausdehnung an. Die türkischen Truppen haben wiederholt schwere Niederlagen erlitten.

Wasserstands-nachrichten der Oder.

Table with 10 columns: Station, Date, Water level, etc. Rows include stations like Regensburg, Regensburg, Regensburg, etc.

Wer seine Zeitung pünktlich haben will, muß eines in erster Linie beachten: Die genaue Angabe seiner Wohnung!

Wo wohnen Sie nach dem 1. Mai? Vor allen Dingen vergesse man nicht, seinen Vor- und Nachnamen auf die folgende Karte zu setzen!

Wer dies tut, erhält pünktlich seine Zeitung in die neue Wohnung.

**Veranstaltungen und Vereine.**

**Stewerlich-Haus.**  
Dienstag, den 26. April:  
Eisenarbeiter. Versammlung im Zimmer 3. Beginn 7 1/2 Uhr.  
Eisenarbeiter. Versammlung Abends 8 Uhr im Zimmer 3.  
Dachdecker. Zimmer 5.  
Kontingenz-Verein „Vorwärts“. General-Versammlung im Saale.  
Mittwoch, den 27. April:  
Arbeiter-Radfahrer-Verein. Versammlung im Zimmer 1.  
Eisenarbeiter-Verband. Versammlung im Zimmer 2.  
Jugendverband der Zivil-Muster. General-Versammlung  
Vormittags 9 Uhr im Zimmer 2.  
Fabrikarbeiter. Versammlung in der Saalestraße.  
Eisenographen (Ehemal. Arends). Zimmer 7.  
Donnerstag, den 28. April:  
Arbeiter-Sänger-Vereinigung. Gedächtnisfeier Probe sämtlicher  
Unterstützung-Gesänge im großen Saale. Geht um  
zum 1. Mai: „Heute ist heut“, „Draus“ ist alles so prächtig“.  
Schottischer Abendchor.“  
Wöchentlich des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe  
von 6 1/2—9 Uhr im Zimmer 7.  
Freitag, den 29. April:  
Kranke. Versammlung Abends  
8 Uhr im Zimmer 2.

**Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land).**

**Neumarkt.**  
Land-Distrikt 4. Bezirke Gräbchen, Groß-Moosbühl  
und Opperau Mittwoch, den 27. April, Abends 8 Uhr, Mit-  
glieder-Versammlung bei Rupprich in Gräbchen. Tagesordnung:  
1. Unsere Wärfeler. 2. Bescheidend.  
Land-Distrikt 8. (Herbin. Dürsch. Schönstraße).  
Mittwoch, den 27. April, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Zusammenkunft  
bei Pöser, Wilhelmshöhe.  
**Gundfeld.** Öffentliche Versammlung Sonntag, den  
1. Mai, Vormittags 11 Uhr, bei Panis. Tagesordnung:  
Die Bedeutung des 1. Mai.  
**Brieg.** Öffentliche Protest-Versammlung Dienstag,  
den 26. April, Abends 7 1/2 Uhr, im Saale der „Har-  
monie“. Tagesordnung: Wer sind die Urheber dieses Kampfes?  
**Sriegau.** Sozialdemokratischer Verein. Dienstag,  
den 26. April, Abends 8 Uhr: Sitzung der Delegierten  
in der „Bierhalle“. Mitteil.  
**Siegnitz.** Fabrikarbeiter. Donnerstag, den 28. April,  
Abends 8 1/2 Uhr: Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.  
Referent: W. Kowalski - Breslau.

**Veitsh. Frauen-Versammlung** Mittwoch, den 27. April,  
Abends 8 Uhr. Vortrag der Genoffin Selinger-  
Saalfeld.  
**Siegnitz. Kartell.** Donnerstag, den 28. April,  
Abends 8 1/2 Uhr: Sitzung. Tagesordnung: Geschäftsbericht  
vom Vereinsausbau etc.  
**Siegnitz. Verband der Zimmerer.** Donnerstag,  
den 28. April, Abends 7 Uhr: Versammlung für die in  
Arbeit stehenden Kameraden in der „Alten Fassung“.  
**Siegnitz. Sozialdemokratischer Wahlverein.** Mittwoch,  
den 27. April, Abends 7 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung.  
**Königsbrunn. Gewerkschafts-Kartell.** Donnerstag,  
den 28. April, Abends 8 Uhr: Außerordentliche Sitzung.



Tausendfach bewährte Nahrung bei:  
**Brechdurchfall, Diarrhöe, Darmkatarrh, etc.**

**Tapeten pro Rolle 1 Pfg.**

fann man noch niedriger kaufen. Für 10 Pf. bekommen Sie jedoch schon reizende Tapeten und für 18 Pf. sogar schon elegante Gold-Tapeten. Sehen Sie  
sich nicht ins falsche Gedächtnis, sondern nur zu  
**Gremer's Tapetenhaus, Taschenstr. 22, Nähe Ohlauerstr. Neu eröffnet!**  
Dort herrscht der Grundzins: Niefliegte Auswahl! Niefliegte Billig!  
677

Gestern früh 1/2 Uhr verschied nach langem, mit grosser Geduld ertragenem, schwerem Leiden unser ungeliebter, guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Schuhmacher  
**Eduard Reichel**  
im Alter von 39 Jahren 2 1/2 Monaten. 2176  
Mit der Bitte um stille Teilnahme zeigen dies tiefbetrübt an  
**Die trauernden Hinterbliebenen.**  
Breslau, Glatz, Waldenburg, Kreiswitz, 28. April 1910.  
Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle in Gräbchen statt.

**Tüchtige Rockschneider**  
für dauernde Beschäftigung sucht  
**S. Silberfeld.**  
2182**Zentralverband der Schuhmacher.**  
Am 25. d. M. verschied nach langem schweren Lungenleiden  
unser langjähriges Mitglied  
**Eduard Reichel.**  
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren  
**Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau.**  
Beerdigung Donnerstag, den 28. d. M., nachm. 3 Uhr, von der  
Leichenhalle in Gräbchen. 2186**Wichtig! Feilhammer. Wichtig!**  
Hiermit mache ich der werten Einwohnerschaft von Winter-  
feilhammer und Umgebung bekannt, das ich das Geschäft von  
Oskar Wieth bei seiner Aufgabe sofort übernehme. Es wird  
meins Bestreben sein, meiner werten Kundschaft auf das  
Beste entgegenzukommen. 2187  
Hochachtungsvoll **Fritz Kuhl.****Kastenmacher, Kastenheifer, Wagensattler, Wagenlackierer,**  
werden bei guter Bezahlung für dauernde  
Stellung gesucht. 2180  
**Heilbronner Karosserie-  
Fabrik G. Drauz & Co.**  
Heilbronn a. N.**Globin**  
der feinste  
**Schuhputz**  
überall erhältlich  
In grossen Dosen  
à 20 Pfg.Am 25. d. Mts. verstarb nach längerem Leiden unser Mit-  
glied, der Arbeiter  
**Eduard Reichel**  
im Alter von 38 Jahren.  
Ehre seinem Andenken.  
**Der Sozialdemokratische Verein Breslau.**  
Beerdigung: Donnerstag, den 28. April, nachm. 3 Uhr, von  
der Leichenhalle in Gräbchen.  
Trauerhaus: Braudenburgerstrasse 6. 2185**Brot**  
Weizen, ca. 5 Pfd. schweres Brot, statt 60 Pfg. nur 50 Pfg., empfiehlt 2181  
**Dohms Bäckerei, Feilhammer.****Möbel, Betten, Herrenkleider, Näh-  
maschinen, Nähwagen, ganze  
Nachlässe, Wohnungsreinigung.**  
kauft Paul Scholz, Wiatzigstr. 132/34. mo**Trauringe** mit gesetzlichem  
Stempel nach  
Gewicht.  
**Goldene Halskettchen, Armbänder, Broschen,  
Ohringe, Ringe, Nadeln, Knöpfe etc.**  
zu sehr billigen Preisen. 1671  
**Alfred Herzog, Juwelier,**  
Ohlauerstrasse 8, zweites Viertel vom Ringe.**Hildebrand,**  
Rosenhalerstrasse 4  
und beide Markthallen.Am billigsten und besten  
kaufen Sie direkt in der Fabrik, 1902  
Wobens Angasse von 1/2 ML an,  
nach Maß, eleg. Verarbeitung 17 ML.  
Gerrenfelderfabrik Juliusberger  
11, II. Etg., Albrechtstr. 41, II. Etg.**Stadt-Theater.**  
Dienstag 7 1/2 Uhr:  
„Herodes und Marianne“.  
Mittwoch 7 Uhr:  
„Sohengrün“.  
Donnerstag 7 1/2 Uhr:  
„Madame Sutter“.  
Freitag 7 1/2 Uhr:  
„Samen des Geheimnisses“.  
Sonnabend, nachmittags 3 Uhr:  
„Wilhelm Tell“.  
Abends 7 Uhr:  
„Frisian und Jolbe“.**Zeltgarten**  
Dir. H. Kralnik.  
**Große internationale  
Ringkampf-  
Konkurrenz**  
um die Meisterschaft von  
Deutschland und die  
Siegesprämie v. 4000 Mk.  
in bar. — Zugelassen  
**Willi Haase**  
mit seiner Starke.**Lobe-Theater.**  
Dienstag 7 Uhr:  
„Der Graf von Luxemburg“.  
Mittwoch 7 1/2 Uhr:  
„Das Konzert“.  
Donnerstag 7 1/2 Uhr:  
„Der Graf von Luxemburg“.  
Freitag 7 1/2 Uhr:  
„Der Graf von Luxemburg“.  
Sonnabend 7 1/2 Uhr:  
„Das Konzert“.**Palmengarten.**  
Dir. H. Kralnik.  
Letzte Woche.  
**Naupold-Orchester**  
und  
**Neuer Kapelle.**  
Entree frei.**Thalia-Theater.**  
Freitag  
Gruppe I. & 2. Vorstellung  
„Jugend“.9 Pt. - Reformbier - 9 Pt.  
Unser Bier verbindet für sich  
sich ihre vorzüglichen Eigenschaften.**Schauspielhaus**  
Dienstag, 8 Uhr:  
„Die schöne Helena“.  
Mittwoch, 8 Uhr:  
„Der Bettelstube“.  
Donnerstag, 8 Uhr:  
„Der Zigeunerbaron“.  
Freitag, 8 Uhr:  
„Schnee des Schneidens“.  
Sonnabend, 8 Uhr:  
Premiere  
„Don Cesar“.**Pfänder-Auktion.**  
Kontingenz am 28. April 1910.  
A. Keller, Friedrich-Wilhelmstr. 59.  
**Schönes gr. Vereinszimmer**  
für einige Tage zu vermieten. 2188  
**P. David, Fürstenstrasse 3.**  
**Berkhoff** Schräcker 24. 2184  
Pianos oder Orgeln  
zu verkaufen. Preis 15 Mk.  
zu sehen in der  
Kasselerstr. 5 Schräcker 4. 2187**Lieblichs Etablissement**  
Nur noch 4 Abende:  
**Lotte Sarrow**  
in ihrem wunderbaren  
„Die Ehebrecherin“.  
**Bernhard Nürnberg**  
etc. etc. etc.  
Anfang 7 1/2 Uhr.**Trauerhüte**  
in großer Auswahl und  
billigsten Preisen. 1247  
**Hilda Siedner**  
Schneidehüte 15/16  
Gute Kupferhüte etc.**Viktoria-Theater**  
Der phantasmagische  
**Menschen - Affe.**  
Perziana's zueig. Pepperr  
u. die hübschen Kunststücke  
des Affen.  
April-Programm.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Ross plügend.**Schweinefleisch Pfd. 60-70 Pf.**  
zu und London und  
Rindfleisch zum Kochen  
etc. etc.  
20 Pf.  
25 Pf.  
28 Pf.  
30 Pf.  
32 Pf.  
34 Pf.  
36 Pf.  
38 Pf.  
40 Pf.  
42 Pf.  
44 Pf.  
46 Pf.  
48 Pf.  
50 Pf.  
52 Pf.  
54 Pf.  
56 Pf.  
58 Pf.  
60 Pf.  
62 Pf.  
64 Pf.  
66 Pf.  
68 Pf.  
70 Pf.  
72 Pf.  
74 Pf.  
76 Pf.  
78 Pf.  
80 Pf.  
82 Pf.  
84 Pf.  
86 Pf.  
88 Pf.  
90 Pf.  
92 Pf.  
94 Pf.  
96 Pf.  
98 Pf.  
100 Pf.  
102 Pf.  
104 Pf.  
106 Pf.  
108 Pf.  
110 Pf.  
112 Pf.  
114 Pf.  
116 Pf.  
118 Pf.  
120 Pf.  
122 Pf.  
124 Pf.  
126 Pf.  
128 Pf.  
130 Pf.  
132 Pf.  
134 Pf.  
136 Pf.  
138 Pf.  
140 Pf.  
142 Pf.  
144 Pf.  
146 Pf.  
148 Pf.  
150 Pf.  
152 Pf.  
154 Pf.  
156 Pf.  
158 Pf.  
160 Pf.  
162 Pf.  
164 Pf.  
166 Pf.  
168 Pf.  
170 Pf.  
172 Pf.  
174 Pf.  
176 Pf.  
178 Pf.  
180 Pf.  
182 Pf.  
184 Pf.  
186 Pf.  
188 Pf.  
190 Pf.  
192 Pf.  
194 Pf.  
196 Pf.  
198 Pf.  
200 Pf.**Mai-Postkarten**  
in grosser  
Auswahl  
2 Stück 15 Pfg.  
Buchhandlung „Volkswacht“.**Los von der Kirche.**  
Eine durch drei Erdmagnetstrafe und  
Bortentziehung unterbrochene, aber  
im Feempalast zu Berlin vollendete  
Kandtagsrede von Adolph Hoffmann.  
Preis 20 Pfennige.  
Buchhandlung „Volkswacht“.**Alkoholfrage und Arbeiterklasse**  
von Dr. Fröhlich.  
Eine empfehlenswerte Agitationsbroschüre.  
Preis 20 Pfg.  
Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volkswacht“.**Möbel, Spiegel,  
Polsterwaren**  
zu äusserst billigen Preisen. 1973  
**Albert Nowotny**  
Weidenstrasse 23/24.**Dr. Thompson's**  
Seifen  
Garantiert  
frei von  
schädlichen  
Bestandteilen  
das beste Waschmittel.  
1/2 Pfd. 15 Pfg.**Und wenn Alles  
malen Kopf sich stellt**  
Bleibe einzig  
in billigen Preisen  
Annehmen  
in geringen  
Raten  
zahlungen  
**Möbel, Betten,  
Garderoben, Kinderwagen,  
Tisch-Bett und Steppdecken,  
Teppiche, Gardinen, Portieren,  
... und Läuferstoffe ...  
Uhren, Sprechapparate.**  
**Rinkus Hübner**  
Ring 2.**Eduard Bernstein:**  
Die  
Natur u. die Wirkungen  
der kapitalistischen  
Wirtschaftsordnung.  
Preis 20 Pfg.  
Buchhandlung Volkswacht.**Wir empfehlen:**  
**Tod**  
der  
**Todesstrafe!**  
von J. Stern.  
Preis der Vereinsausgabe  
**20 Pfg.**  
Buchhdlg. Volkswacht.**Strohüte**  
für Damen, Herren und Kinder  
direkt in der Fabrik  
**Freund & Krebs**  
Neue Graupenstrasse Nr. 11, Hof.  
Strohüte werden modernisiert.**Rohrtabake**  
in großer Auswahl empfehlend billigst  
**Carl Rother & Rode**  
Breslau I. Nummer 20.  
Buchhandlung Volkswacht.  
Christmann und So-  
zialismus von A. Bebel 0.10



## Deutscher Reichstag.

72. Sitzung, Montag, den 26. April, Nachmittags 2 Uhr.

### Am Bundesratsitz: v. Schoen.

### Eine Reihe von Petitionen

wird nach Vorschlägen der Kommission erledigt. Es folgt die Beratung über die Verminderung der Reichstagsdruckkosten.

Abg. Rat Caspar sagt Berücksichtigung der Wünsche der Kommission (eine Reihe von Denkschriften nicht mehr jährlich, sondern nur alle 5 Jahre dem Reichstage zugehen zu lassen) an.

Abg. Schulerz (Zentr.) fragt an, warum die Preise der Reichsdruckerei höher seien, als die anderer Druckereien. U. v. der Firma Stutenfeld.

Unterstaatssekretär Frank meint, die Reichsdruckerei könne doch nicht unter Tarif arbeiten lassen.

Abg. Fischer (Soz.): Von keiner Seite ist in der Kommission verlangt worden, die Reichsdruckerei solle unter Tarif arbeiten lassen. Im Gegenteil hatte ich verlangt, wenn die Reichsdruckerei mehr arbeiten haben wolle, müsse man von ihr die formelle Anerkennung des Buchdruckertarifs verlangen. Die Preisdifferenz liegt nicht auf dem Gebiete des Tarifs, — auch Stutenfeld ist ein tarifirende Firma — sie liegt vielmehr in den hohen Zuschlägen, in den hohen Geschäftsspreisen der Reichsdruckerei begründet. Diese hohen Preise rühren wahrscheinlich von der abnorm hohen Zahl von Aufträgen her, die in den Reichsdruckereien häufig sind. (Zust. v. d. Soz.) Die Reichsdruckerei hat den Buchdruckertarif nicht einmal formell anerkannt. Es mag sein, daß die besseren Arbeiter dort anständig bezahlt werden. Tatsache ist aber, daß bei der Beamtenbeförderungsvorlage Petitionen von sogenannten Fälschern an uns kamen, die ein Einkommen hatten, das nicht einmal dem Betrag des Tarifes eines gewöhnlichen Setzers entsprach. (Zust. v. d. Soz.)

Die Anträge der Kommission werden angenommen. — Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Errichtung eines Kolonial- und Konsulargerichtshofes.

Der Vorredner hat nach dem Entwurf seinen Sitz in Berlin, seine Mitglieder werden auf Vorschlag des Bundesrats vom Kaiser ernannt, ein Teil der Zuständigkeit des Reichsgerichts für die Schutzgebiete kann ihm neben der Konsulargerichtsbarkeit übertragen werden.

Abg. Dove (Vnt.): Es ist dringend nötig, daß endlich eine einheitliche Instanz für Kolonialrecht geschaffen wird. Ob aber die Bildung, wie die Vorlage sie bringt, richtig ist, wird noch in der Kommission zu erwägen sein. Berlin ist jedenfalls der geeignete Ort. Der Entwurf ist überreife und nicht durchgearbeitet. (Beifall links.)

Abg. Dr. Semler (natl.) wünscht im Gegensatz zum Vorredner schnelle Erledigung der Vorlage, betont die Notwendigkeit einer oberen Kolonialinstanz, verlangt, daß nicht Verwaltungsbeamte zu den Richterstellen angezogen werden und behält sich weitere Kritik vor. (Beifall v. d. Natl.)

Abg. Schulerz (Vnt.) stimmt dem Abg. Dove darin zu, daß es wenig lebenswürdig vom Bundesrat sei, den Reichstag noch kurz vor Tisch mit Vorlagen zu bedrängen. Redner beschäftigt sich mit Einzelheiten und bleibt dabei ziemlich unverständlich, scheint aber die Vorlage im allgemeinen zu billigen.

Staatssekretär Dernburg: Die Rechtsunsicherheit in den Kolonien ist sehr groß. Große und wichtige Fragen müssen auf dem Verwaltungsweg durch Verordnung geregelt werden, anstatt daß sie den ordentlichen Gerichten übergeben werden. Dieferm Zustand bitte ich die Herren, wenn es ihre Zeit und Arbeitskraft irgend erlaubt, ein Ende zu machen.

Abg. Dr. Giese (Konf.) begrüßt den Entwurf mit Sympathie. Einzelheiten seien in der Kommission noch zu erörtern.

Abg. Stadthagen (Soz.): Mit der Ueberweisung des Entwurfs an eine Kommission bin ich einverstanden. Es müßte uns aber genauer dargelegt werden, wie die Rechtsverhältnisse in den Kolonien zur Zeit sind, und nach welcher Richtung sie geändert werden sollen. Der Entwurf, wie er ist, gefährdet die Rechtseinheit. So würde z. B. der neue Gerichtshof die oberste Instanz sein, wenn der Fiskus gegen Schulz klagt. Klagt aber Schulz gegen den Fiskus, so würde die Sache an das Reichsgericht gehen. Wir können auch dem Gedanken nicht zustimmen, daß schuldhaftig nur die Rechtssachen sein sollen, welche den Befehl schützen, nicht aber die, welche die Arbeit schützen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Schon im Jahre 1897 wurde versprochen, ein oberes Gericht für Arbeiterfragen zu errichten. Dieses Versprechen ist noch nicht eingelöst, jetzt aber haben Sie solche Eile, die Kapitalinteressen zu schützen. (Sehr wahr!) bei den Sozialdemokraten. Und dem Reichstage wird zugeworfen, daß über Kopf dieses Gesetz zu machen. Es erscheint uns auch keine Ver-

besserung der Rechtspflege zu sein, daß an Stelle der Laien, die heute in den Konsulargerichten sitzen, bei diesem obersten Gericht nur gelehrte Richter mitwirken sollen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das neue Gericht sollte an das Reichsgericht angegliedert werden. Ich teile nicht die Ansicht, daß es überflüssig ist. Wenn wir der Kommissionsberatung zustimmen, so meinen wir doch, daß sie ihre Arbeiten vor dem Herbst nicht erledigen kann. Klatsche, übertriebene Kritik darf der Reichstag nicht machen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Weischer (Vnt.): Die Regierung bringt Vorlagen über Vorlagen aber die Wichtigkeit ist meist größer, als die Wichtigkeit. Redner spricht für die Verlegung des Reichsgerichts nach Hamburg. Es sei nicht angebracht, alles in Berlin zu konzentrieren. Hamburg sei als Kulturzentrum und Handelsemporium vorzüglich zum Sitz eines obersten Konsulargerichtshofes geeignet. Die Frage, ob Hamburg oder Berlin, sei in der Kommission sorgfältig abzuwägen. (Beifall.)

Die Vorlage wird an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen. Es folgt die erste Beratung des Konsulargesetzentwurfs.

Staatssekretär v. Schoen: Wir hätten den Entwurf gern früher vorgelegt. Die Materie war aber sehr schwierig. Der Entwurf bezweckt, die vielfach veralteten Vorschriften über die Gebühren und Auslagen der Konsulate gemäß den veränderten wirtschaftlichen und sonstigen Verhältnissen zu modifizieren.

Abg. Graf Kanitz (Konf.): Die Gebührensatzung der Konsulate, wie die Vorlage sie bringt, bedeutet nicht unerhebliche Mindereinnahmen für die Reichskasse. Wir können den Entwurf nicht verabschieden, ehe uns die Notwendigkeit dieser Gebührensatzung einleuchtend nachgewiesen ist. Ich beantrage daher Ueberweisung an die Untersuchungskommission. (Bravo! rechts.)

Abg. Dove (Vnt.) bekämpft sich von neuem über die Einbringung zahlreicher Vorlagen kurz vor Tisch und beantragt Kommissionsberatung. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Semler (natl.) befaßt ebenfalls die veralteten Einbringungs- und Polemik gegen die Ausföhrungen des Grafen Kanitz, die von einer wenig freundlichen Gesinnung gegen die deutsche Rederei zeugten.

Staatssekretär v. Schoen entschuldigt nochmals die späte Einbringung mit der Schwierigkeit der Materie.

Die Vorlage wird an die Budgetkommission verwiesen. — Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Ausgabe kleiner Aktien.

Der Entwurf will den Reichskassier ermächtigen, zu gestatten, daß in den Konsulargerichtszirkeln und in Konsulat-Aktien in Höhe von weniger als 1000, doch nicht weniger als 200 Mk. ausgestellt werden dürfen.

Staatssekretär v. Schoen empfiehlt den Entwurf. In den Kolonien bestehen fremde Aktiengesellschaften mit kleinen Aktien. Man müsse deshalb dem deutschen Kapital dort die gleichen Möglichkeiten einräumen.

Abg. Schulerz (Zentr.): Wir haben schwere Bedenken gegen den Entwurf. Die Erfahrungen mit den englischen Shares (keine Anteilschein) sollten uns vor diesem Wege warnen.

Abg. Dötel (Natl.): Diese Aktien von 200 Mark, die 20 Mk. werden, dürfen mit den englischen Shares von einem Pfund (20 Mk.) nicht verwechselt werden. Ich beantrage Verweisung an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Abg. Freilich (Natl.) ist der Entwurf zu dem Reichskassier vorbedacht, erst nach Festlegung der besonderen Verhältnisse die Ausgabe der Aktien zu gestatten. Wir stimmen dem Antrage auf Kommissionsberatung zu.

Abg. Kampff (Vnt.): Es ist durchaus nicht gesagt, daß durch das Verbot kleiner Aktien in dem Inlande die ungeliebte Spekulation eingeschränkt und nicht vielmehr gefördert wird. Im internationalen Verkehr aber, in den Schutzgebieten und den Konsulargerichtszirkeln ist diese Bestimmung überhaupt nicht anwendbar. Der Entwurf solle deshalb sich nicht nur auf Konsulat-Aktien, sondern auf alle Schutzgebiete erstrecken.

Abg. Eichhorn (Soz.): Wir stimmen gegen den Entwurf. Wir wollen nicht, daß man den kleinen Leuten das Geld zu Spekulationszwecken herausgibt. Wir haben erwartet, der Entwurf würde hier eine größere Gegenreaktion finden. Denn was heute hier verlangt wird, ist nur der erste schäblichste Schritt. Bald wird man kleine Aktien in allen Kolonien und zuletzt auch in Deutschland ausstellen wollen. (Hört, hört! v. d. Soz.) Es genügt eben dem Großkapital nicht mehr, sich auf die Reife zu beschränken, die ihnen jetzt schon zur Verfügung stehen. Es will seine Agenten aufs Land hinaus schicken, um auch das Geld aus den Sparcassen zu Grundstücken herauszugeben. (Zustimm. v. d. Soz.) Das Großkapital wünscht dieses Gesetz natürlich nicht aus Gutmutigkeit, um den Besizern kleiner

Kapitalien auch einen Anteil am Profit zu gönnen. Nein, hier handelt es sich darum, das kleine Kapital heranzuzüchten, um die fäuler Grundstücken des Großkapitals zu bedecken. (Sehr wahr! v. d. Soz.) Es handelt sich um nichts anderes, als um eine Förderung des Spekulationstriebes, um den kleinen Leuten das Geld aus der Tasche zu ziehen. (Sehr wahr! v. d. Soz.)

Wir wünschen viel eher, daß die Bestimmungen über die Ausgabe solcher kleiner Aktien beschränkt würde. (Bravo! v. d. Soz.)

Staatssekretär v. Schoen stellt die Bestimmungen, die Vorlage föhne auf das Ausland übertragen werden, als unbedenklich hin.

Abg. Schulerz (Vnt.) spricht sich für den Entwurf aus, unter nachdrücklicher Verwahrung, daß er nicht auf das Ausland ausgedehnt werden dürfe.

Abg. Lattmann (Vnt.): Ich befinde mich in der festsamen Lage mit dem sozialdemokratischen Redner in allen Punkten übereinzustimmen. Am liebsten würde ich den Entwurf glatt ablehnen, stimme aber der Kommissionsberatung zu.

Abg. Weischer (Vnt.): Obwohl ich mich im Gegensatz zu meinem politischen Feinde Kampff lege, muß ich es aussprechen, daß ich es für meine verdamnte Pflicht und Schuldbigkeit halte, mit allem Ernst gegen diese Vorlage zu protestieren. Das Spekulationsfieber in England zeigt uns, wohin wir auf diesem Wege kommen. Jeder Staatsmann und jede Partei, wie wir in Hamburg sagen, würde in kleinen Aktien spekulieren. Gerade die Ausfühungen meines Freundes Kampff, für die ich ihm deshalb dankbar bin, zeigen, wohin die Entwicklung mit Notwendigkeit führen müßte. (Kante Zustimmung v. d. Natl.) Am liebsten würde ich die Vorlage glatt ablehnen.

Abg. Dr. Arenst: Auch ich stimme mit dem sozialdemokratischen Redner und dem Vorredner überein. Wir wollen der Vorlage in der Budgetkommission ein Begräbnis erster Klasse bereiten.

Die Vorlage geht an die Budgetkommission. Das Haus verlagert sich auf Dienstag 2 Uhr. (Wahlprüfungen.) Schluß 5 $\frac{1}{4}$  Uhr.

## Preussisches Abgeordnetenhaus.

57. Sitzung vom Montag, den 26. April, Vormittags 11 Uhr.

Die zweite Lesung des Kultusgesetzes wird beim Kapitel „Universitäten“ fortgesetzt.

Abg. Dr. Kaufmann (Zentrum) tadelt die Einführung der Bibliotheksgesetze, wünscht Professuren für Kolonialrecht und Genossenschaftswesen und wendet sich gegen ungebührliche Bevorzugung der Universität Berlin.

Kultusminister v. Trott zu Solz: Es wäre erfreulich, wenn nach amerikanischem Vorgehen reiche Privatleute Anwendungen für die deutschen Universitäten machen wollten. Die Bibliotheksgesetze bewegen sich in der Richtung, Privatsachen zu den fortgesetzten steigenden Kosten heranzuziehen; im Falle wirklicher Bedürftigkeit sollten von der Erhebung Ausnahmen gemacht werden. Es würde der guten Reputation widersprechen, Ausländer von dem Besuch der deutschen Universitäten auszuschließen; wohl aber kann in Rücksicht auf die Zahl der Studierenden eine Erhöhung der Gebühren für Ausländer ins Auge gefaßt werden. Es ist nicht zu befürchten, daß Berlin vor anderen Universitäten bevorzugt wird. Die Frage der Privatdozenten bedarf der Regelung. Vielleicht kommen Anregungen aus den Kreisen der Privatdozenten selbst, die in dem Zuge der Zeit folgend natürlich auch organisiert sind. (Mitterteil rechts.) Speziallehre für Genossenschaftswesen und Genossenschaftsrecht empfehlen sich nicht, da in den juristischen und nationalökonomischen Vorlesungen diese Materien genügend berücksichtigt werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Weiser (Zentr.) verlangt die Einführung des tierärztlichen Dokortitels in Preußen.

Abg. Dr. v. Lötz (Fortfchr. Vnt.) wünscht größere Berücksichtigung des Völkerechts und wendet sich gegen die Bibliotheksgesetze. Das Universitätsrecht muß gesetzlich geregelt werden. Die Erteilung der Erlaubnis der Vorlesung von 5 zu 5 Jahren muß die Privatdozenten forumpieren. Zu verlangen ist eine weitgehende Selbstverwaltung der Universitäten unter rein sächlicher Aufsicht des Staates. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Friedberg (Natl.) schließt sich dem Wunsche auf Selbstverwaltung der Universitäten an.

Kultusminister v. Trott zu Solz: Zum Erlaß eines Universitätsgesetzes liegt vorläufig keine Veranlassung vor. Dazu sind die historisch gewordenen Einrichtungen an den einzelnen Universitäten zu verschiednen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Im kapitalistischen Klassenstaat ist das Ideal der Universalität, freie Bildungsjährten für Lehrer und Lernende zu sein,

## Der Halle'sche Komet kommt!

Und alle, die bisher apflos an den Wundern des Himmels vorbeigegangen sind, blicken hinauf nach dem sternbesäten Firmament, fragend, Mystik heischend, bald neugierig, bald angstlich. „Wetterwagensgäste suchen in Fiebersehern durch die Massen, wenn „weiße Züstritten“ in seltsamer Feuersglut vom Himmel aufsteigen.“

Ein Himmel gezeichnet Zeichen und Wunder, Und aus den Wolken stühtigot Sänet der Vergott den Kriegsmantel runter. Den Kometen fliehet er wie eine Aute Trohend am Himmelstern aus.

Wohin die Aufklärung nicht gedrungen ist, wo mangelhafte Aufklärung noch nicht völlige Klarheit gebracht, da geht es zitternd durch die Völker wie ein schredhaftes Wagnen vor dem ängstlichen Gerichte, allwo die rändigen Vöde in gerechtem Richterrecht sein fürderlich von den demütigsten Lämmlein getrennt werden. Das ist dann eine geeignete Zeit für die Gesalbten des Herrn, für die Geheilten und Geschorenen, eine reiche Ernte im Weinberge des Herrn, wo Verstoffe und Verdummte auf sich gehen und die Kirchen von Heulen und Zähneklappern erfüllt werden. Das wissen die Herrn, und eine Berliner Zeitung hat es vor einem halben Jahrhundert richtig ausgeplaudert: „ein wenig Kometenfurcht kann dem Volke nicht schaden.“

Da erscheint in letzter Stunde und gerade noch zur rechten Zeit im Verlag von Kaden u. Co. in Dresden ein eigenartiges Buch von Friß Düwcll und Franz Dieblich unter dem Titel „Kometen-Wissenschaft und Aberglaubere.“ (Preis 1 Mark.) Ein prachtvolles Kometenbühlchen; sensationell, aktuell, für den Augenblick berechnet, und dabei so lange nachwirkend, so viel für die Zukunft gebend. Lachend geschriebene, von einem überlegenen, wissenden Humor durchdrängt, daß es eine helle Freude ist, die 120 mit Bildern reich ausgestatteten Seiten wieder und wieder durchzulesen. Da erhält der Leser nicht allein leicht verständliche Auskunft über die astronomischen Probleme, über den Ursprung der Kometen, die Geschichte ihrer Bahn, ihre Verwandtschaft mit Meteoriten und Stern-

schnuppen; auch die Kometenängste werden beruhigt und ihre Dalk- und Wesenlosigkeit dargetan. Vor allem aber bekommt das Büchlein dadurch einen großen Wert, daß es eine Menge kulturgeschichtlichen Materials zu dem Ringen der Menschheit um Licht und Erkenntnis beibringt. Denn die Kometen haben recht schaffen helfen, die Menschheit mit abergläubischen Vorstellungen zu belasten und zu quälen, und nur ganz allmählich hat die Wissenschaft diese Last abwälzen können. Phantastische Legendenden haben sich die Jahrtausende hindurch um sie gesponnen; Wächhaber aller Art haben sie ausgenutzt, für ihre Zwecke ausgebeutet, und manches politische Ereignis wurzelt im trauesten Kometenaberglauben.

In den nächsten Tagen bereits werden wir den Halle'schen Kometen mit bloßem Auge sichten können. Seine Bahn geht von dem Sternbild des „Vegasus“, wo er sich zur Zeit befindet, aus durch die „Nische“, den „Widder“, den „Stier“, der „Meinen Hund“ an dem Regulus, dem hellleuchtenden Stern erster Größe im Sternbild des „großen Löwen“ vorüber. Wer die Sternbilder des Himmels nicht kennt, dem wird das Auffuchen des Kometen vorläufig fast unmöglich sein, zumal der charakteristische Schweif sich zur Zeit nur dem bewaffneten Auge darbietet. Eine vorzügliche Hilfe bietet da eine gute verstellbare Sternkarte, wie sie, mit einer leicht verständlichen Benutzungsanleitung versehen, der Verlag R. Manz Stuttgart am Preise von 1,75 Mark, dauerhaft, ausgezogen, herausgegeben hat.

## Aus aller Welt.

Die Hochwasserkatastrophe in Serbien. Erst jetzt werden genaue Einzelheiten über die furchtbare Hochwasserkatastrophe, die so viele Städte und Dörfer in Serbien zugrunde gerichtet hat, bekannt.

Am meisten heimgesucht von den Ueberschwemmungen wurde die Stadt Kragnjevac. Der Regen begann um 3 Uhr Nachmittags und artete allmählich zu einem katastrophalen Regenbruch aus. Die kleine Wenibaa war rasch ergriffen und in den Straßen stand das Wasser schließlich in einer Höhe von über 2 Metern. Es hat im ganzen 36 Stunden geregnet. Am

ersten Abend herrschte außerdem ein starker Dran, und der Bevölkerung bemächtigte sich ein panischer Schrecken, als von den 4 städtischen Brücken 3 einstürzten. Die vom Sturm angeschwollene Wenibaa führte Bäume, Häuser, Kisten und auch Leuten von Menschen und Tieren mit sich. Von den Kirchen klangen die Glocken, in den Katakomben wirkten Kanonenschüsse als Nottignal abgefeuert. Die Dufferne der Frauen und das Weinen der Kinder, machten einen herzzerreißenden Eindruck. In die un're Stadt, wo die Not am größten war, konnte man infolge des Einsturzes der Brück erst nach langer Zeit gelangen. Dieser Stadtteil glück Kinnnen. Die Leute hatten sich auf Dächer, Bäume und in die Berge geflüchtet. Die Bewohner der kleinen baurländlichen Häuser konnten sich nicht retten und wurden unter den Trümmern begraben. Die Verluste an Menschenleben werden auf 22 geschätzt, es sind arme Handwerker und Arbeiter mit Frau und Kindern. Unter den Opfern befinden sich zwei über hundert Jahre alte Frauen. Wie viele Personen ums Leben gekommen sind, wird sich erst definitiv feststellen lassen, wenn die Ruinen genau untersucht sind. Vorläufig ist daran nicht zu denken, weil das Wasser immer noch in beträchtlicher Höhe in den Straßen steht. Die Offiziere und Soldaten haben sich mit großer Tapferkeit an den Rettungsarbeiten beteiligt. Es haben mehrfach Kinder aus den Fluten gerettet. Die Obdachlosen haben in den Schulen Unterkunft gefunden, wo man Speisen und Kleider unter sie verteilte. Die Not ist andauernd sehr groß, man erwartet aus dem Auslande Geldbeiden, da der Schaden, den die Hochwasserkatastrophe in ganz Serbien angerichtet hat, mehr als fünfzehn Millionen Mark beträgt.

Die Stadt Kragnjevac ist durch die Ueberschwemmungen zur Ruine geworden. Durch den Einsturz der zahlreichen Häuser sind ganze Straßen verschwunden. Der Verkehr ruht, nur das Rettungswort dauert fort. Von weiteren Einzelheiten über die Folgen der Ueberschwemmung ist noch zu erwähnen, daß das Wasser ganze Holzhäuser mit sich schleppte. Das Wasser hatte solche Gewalt, daß ein Kavabier mit seinem Pferde in ein Café geschleudert wurde. 800 Schafe, die im städtischen Schlachthaus untergebracht waren, sind ertrunken. In Kragnjevac allein beziffert man den Schaden auf 3 Millionen. Auch sämtliche Pankendhäuser liegen unter Wasser. Ein Teil der Kranken ist ertrunken. Die übrigen Kranken dürften kaum am Leben erhalten bleiben, weil ihre Befinden sich durch das Hochwasser und den großen Schrecken wesentlich verschlimmert hat. Viele Menschen werden vermisst und man vermutet, daß sie den Tod in den Fluten gefunden haben. Fürcht vor einer neuen Ueberschwemmung wandern zahlreiche Bürger aus Kragnjevac aus.

Stündlich laufen neue Hochwasserposten ein. In Westerbien hat das Hochwasser große Territorien, insbesondere reiche Adressfelder,

unvergleichbar. Schon die Erlangung einer Professur ist eine Sache des großen Geldweits. Der Staat zahlt für ein solches Verbands, die Unwissenhaftigkeit in seinen Dienst zu stellen. ...

### Professor Vizebrand aus Breslau

als Mitglied des Herrenhauses vom liberalen Standpunkt aus gegen die Wahlrechtsverträge der Regierung aufzutreten. ...

### Barrieren gegen die Wissenschaflichen

Die untern Gesellschaftsklassen aufzurichten. Jeder auch die Zulassung der Abiturienten in der Rechtslehre. ...

ringsten Schwierigkeiten in den Wea laut, ihnen zu einer Mozart den großen Erfolg der Wiener Universität zur Verfügung. ...

Abg. Dr. Hauptmann (Centr.) bedauert, daß in Bonn junge Leute, die den gebildeten Kreisen angehören, sich in solchen Exzessen hinreißen lassen könnten. ...

### Aus Oberschlesien.

#### Auf zur Mafseier!

Arbeiter! Genossen! Der 1. Mai ist diesmal ein Sonntag. Das proletarische Proletariat wird die diesjährige Mafseier zu einer gewaltigen Demonstration für Völkerrfrieden und Arbeitslosen machen. ...

#### „Der 1. Mai ein Festtag des kämpfenden Proletariats!“

- Sachsen OS. im Gewerkschaftslokal, Gr.-Dombrowlatr. 8, Nachmittags 1 Uhr.
- Kattowitz im großen Saal der Reichshalle, am Wilhelmplatz, Nachmittags 1 Uhr.
- Wagnitz im Gewerkschaftslokal, Ringstr. 3, Abends 6 Uhr.
- Oppers im Gewerkschaftslokal, Regierungsplatz 3, Eingang Wronkenstraße, Vormittags 11 Uhr.
- Katow im Gewerkschaftslokal, Jungferstraße 3, Nachmittags 5 Uhr.
- Legze im Saal und Garten des Rathhofs, Nachmittags 5 1/2 Uhr.
- Radzisz im Grünberger Saal, Projektstraße, Nachmittags 4 1/2 Uhr.

Reizanten sind die Genossen Wolff-Breslau, Andersch, Pande und Timm-Rattowitz, und Hölzner-Beuthen. ...

Matth. 26. April. Ein Ehepaar zum Tode verurteilt. Vom hiesigen Schwurgericht wurden der 78 Jahre alte Gärtnermeister Anton Kunz aus Groß-Braun und seine 64 Jahre alte Ehefrau wegen Mordes zum Tode verurteilt. ...

Neudorf bei Antonienhütte, 26. April. So muß es kommen! Eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins lagte am Sonntag im Gewerkschaftslokal bei Mol. Gen. Vinskiwicz referierte über: Die Volkspartei am 1. Mai. ...

### Arbeiterbewegung.

Drohender Arbeiterstreik. Bei den Vereinigten Fabrikanten vormalig M. B. Bodenheim (Wiale Adernach) haben die Arbeiter Forderungen gestellt. ...

Der Streik der Schmiede in Halberstadt in der Maschinenfabrik von Dehne hat größere Ausdehnung angenommen. ...

### Briefkasten.

- Sprechstunden der Redaktion: Wochentags nur v. 12-1 Uhr Mittags.
- H. Döhl. Teilen Sie uns doch, ehe Sie noch unhöflicher werden, mit, um welche Kosten es sich handelt.
- M., Matwisch. Gebt, es kommt alles.
- M., J. Schweikertskaffe. Lief bekommen Sie in jeder Samensammlung.
- M., Bromberg. Nach dem Gesetz haben Sie kein Recht, das uneheliche Kind zu fordern, sondern sind nur verpflichtet, Alimente zu zahlen.
- J. E., Schwientochlowitz. 1. Wenden Sie sich an den Parteisekretär Genossen D. Hübing in Weitten OS, Birchowstr. 34. 2. Seebold u. Co. in Breslau, Neue Braunenstraße 13.
- M. D., Weissteia. 1. Einer Frau, die nach dem Tode ihres verunglückten Mannes Witwenrente bekommt, wird die Hälfte der Beiträge des Mannes nicht zurückgezahlt. 2. Nein.
- De., Schweidnitz. 1. Gerichtsosten verfahren in vier Jahren. 2. n. 8. Ja, Sie müssen zahlen; die Kosten betragen etwa 30 M. 4. Diese Forderung verjährt in 30 Jahren. 5. n. 6. Das Mädchen ist verpflichtet, Ihnen das Geld zu schicken. Die Klage ist beim Amtsgericht einzulegen.
- G., Grischberg. Das Bild kann gepfändet werden, der Kinderwagen und der Kinderstuhl nicht, wenn diese beiden Sachen unentbehrlich sind.
- 100 Kayserhof. 1. Die Ermäßigung tritt nur bei der Einkommensteuer ein, nicht bei der Erbschaftsteuer. Für das laufende Steuerjahr können Sie nicht mehr ermäßigt werden, aber für das nächste Jahr. Der Antrag ist beim Vorsitzenden der Einkommensteuer-Veranlagungs-Kommission zu stellen. 2. Bei der Anmeldung der Kinder zur Schule genügt die hiesige Geburtsurkunde.

### Arbeiter-Sekretariat Breslau.

Nikolaistraße 13/14. Sprechst. Vorm. 11-1 Uhr, Nachm. 5 1/2-7 1/2 Uhr (außer Sonnabend Nachmittags).

ständig vernichtet, viele Dörfer, Städte und Ortschaften zerstört. In dem Dorf Salspell sind drei Bauern ums Leben gekommen. ...

### Katholische Bischöfe und Mönche.

Man schreibt der „Frankf. Ztg.“: Im Oberbayerischen Bistum Altötting, einem in Freising i. B. erscheinenden Organ für katholische Pfarrer, wird in sehr energiegelandenen Worten ein heftiger Kampf angekündigt, den der Pfarrer im Sommer 1910 gegen den Verfall der Kirche, die unschuldige Verführung der Jugend, die Verführung der Jugend, die unschuldige Verführung der Jugend, ...

mit als zu Beginn dieses Sommers beschlossene Briefe über - Mädchenblüten zu erwarten haben. ...

### Espanische Revolution-Begeisterung.

In Durango im Baskenland sollte ein Flugzeug mit Apparaten von Blei und Granaten ausfallen. Der spanische Minister Präsident und der General erregten sich, wegen des starken Windes anzufliegen. ...

### Riesendiebstahl in der Moskauer Patriarchen-Zehnkammer.

Aus Moskau wird die Entdeckung eines enormen Diebstahls in der Patriarchen-Zehnkammer gemeldet. Dort wird der wertvollste Schmuck des gesamten orthodox-katholischen Ostens aufbewahrt. ...

### Erkundung eines Himmels in Deutsch-Ostafrika.

Auf der Expedition nach Deutsch-Ostafrika, dem Sultanat Usak, gelang es dem Kapitän, dass dort der Vater Leopold am 1. April emigriert werden ist. Der Vater hatte die reichste Erbschaft im Lande erhalten, um eine Frau zu heiraten, wegen des Verlustes zu verlieren. ...

### Lebender Automobil-Kauf. Ein montiertes Automobil.

in dem sich ein Ingenieur Kropf und der Pro-

teiler einer Wiener Firma beizubehalten, räumte auf der Straße von Jungbunzlau nach Reznanitz mit dem linken Hinterrad an einem großen Stein. Die Insassen wurden auf die Straße geschleudert und getötet. ...

Ein verhängnisvoller Bootsunfall hat sich am Sonntag Nachmittags in Brandenburg zugezogen. Auf dem Flußsee kenterte ein Boot mit vier Insassen bei dem Versuch, es an einem Schleppzug zu befestigen. ...

### Literatur.

Fachblatt für Holzarbeiter. Heft 4 des fünften Jahrgangs, April 1910. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband in Berlin. ...